

DER DEUTSCHE BUNDESTAG ALS AKTEUR IN DER DEBATTE ÜBER DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

Julian Plottka

Sommersemester 2007

Berliner Seminararbeit zur Europäischen Integration

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Demokratiedefizit auf zwei Ebenen?	4
3.	Wege zur Stärkung der nationalen Parlamente	10
4.	Der Bundestag als Akteur in der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union	17
5.	Methodik	20
6.	Die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union in <i>Süddeutscher Zeitung</i> und <i>Spiegel</i>	22
7.	Fazit	28
8.	Literatur	29
9.	Quellen	33
10.	Anhang: Kodierungsplan	42

Die Arbeit

Julian Plottka hat diese Hausarbeit im Rahmen des Hauptseminars „Die EU als politische Gemeinschaft“ angefertigt. Das Hauptseminar fand im Sommersemester 2007 unter der Leitung von Prof. Dr. Tanja A. Börzel am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin statt. Julian Plottka ist Student der Politikwissenschaften (Diplom) im siebten Semester an der Freien Universität Berlin.

Die Berliner Seminararbeiten zur Europäischen Integration werden von Prof. Dr. Tanja A. Börzel, Inhaberin eines Jean Monnet Lehrstuhls für Europäische Integration und Leiterin der Arbeitsstelle Europäische Integration am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, veröffentlicht. Die Reihe bietet die Möglichkeit, hervorragende Seminararbeiten aus den verschiedenen Studienabschnitten zu würdigen und allen Studierenden als *best practice* Beispiele zugänglich zu machen. Die Seminararbeiten sind auf der gemeinsamen Internetseite von Jean Monnet Lehrstuhl und Arbeitsstelle verfügbar: <http://www.fu-berlin.de/europa>

1. Einleitung

Die gängige Literatur, die sich mit den Auswirkungen der Europäischen Union (EU) auf die nationalen Parlamente beschäftigt, konzentriert sich auf die institutionellen Anpassungsleistungen der Parlamente an die veränderten Rahmenbedingungen. Im Fokus der Analysen stehen die Informationspolitik der jeweiligen Regierung gegenüber dem Parlament, die Effizienz der Verarbeitung europäischer Vorlagen innerhalb des Parlaments und die formellen Möglichkeiten, eine Position gegenüber der Regierung zu formulieren.¹ Ein weiterer Aspekt, der gelegentlich diskutiert wird, ist die Möglichkeit der nationalen Parlamente, Einfluss durch einen gemeinsamen Zusammenschluss zu realisieren. (Pöhle 1998) Es wird jedoch nicht selten ausgeblendet, wie sich die einzelnen Möglichkeiten der nationalen Parlamente, Einfluss auf europäische Entscheidungen zu nehmen, in den jeweiligen institutionellen Kontext einfügen.

Der Versuch einer solchen Einordnung der einzelnen Optionen, die den nationalen Parlamenten zur Einflussnahme offen stehen, soll im dritten Abschnitt der vorliegenden Hausarbeit unternommen werden, nachdem zuvor diskutiert wird, welche Auswirkungen eine Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente auf das Demokratiedefizit der EU hat. Dabei kristallisiert sich heraus, dass eine Stärkung der Öffentlichkeitsfunktion die geringsten Irritationen im institutionellen Kontext nationaler Parlamente zu erzeugen scheint. Aus diesem Grund wird anschließend gefragt, wie der Deutsche Bundestag seine Öffentlichkeitsfunktion in der Europapolitik ausübt. Dies geschieht am Beispiel der Berichterstattung über den ‚Konvent zur Zukunft der Europäischen Union‘ in *Süddeutscher Zeitung* und *Spiegel*. Der ‚Konvent zur Zukunft der Europäischen Union‘ bietet sich hierfür in besonderer Weise an, da die formelle Beteiligung der nationalen Parlamente an der europäischen Entscheidungsfindung hier ihr bisheriges Maximum erreichte.

¹ Vgl. Dieringer et al. (2005); Maurer/Wessels (2001a); Höhlscheidt (2000); Norton (1996a).

2. Demokratiedefizit auf zwei Ebenen?

Die Debatte über die These vom Demokratiedefizit der EU (Schmidt 2000: 430) ist eine der wenigen innerhalb der Europaforschung geführten Diskussionen, die auch in einer breiteren Öffentlichkeit gelegentlich Aufmerksamkeit findet. Zur Erfassung des Sachverhaltes genügt es nicht, allein die politischen Institutionen auf europäischer Ebene zu betrachten. Die EU muss dazu als Mehrebenensystem (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996) begriffen und die Entwicklung auf allen Ebenen betrachtet werden. Dies soll im Folgenden geschehen. Dabei bleibt angesichts der hier diskutierten Fragestellung die regionale Ebene außer Betracht. Es werden die Entwicklungen auf europäischer und auf nationaler Ebene diskutiert.

2.1. Das Defizit auf der supranationalen Ebene

Bei der Beurteilung der Institutionen auf supranationaler Ebene ist zwischen Kritikern und Vertretern der Demokratiedefizitthese unstrittig, dass die EU gemessen am Ideal einer liberal repräsentativen Demokratie unzureichend demokratisch legitimiert ist. (Moravcsik 2002: 605) Die Vertreter der These einer „hinreichend demokratischen Legitimierung“ (Schmidt 2000: 430) ziehen jedoch das Ideal einer liberal repräsentativen Demokratie als Vergleichgröße in Zweifel. Dieser Maßstab sei nur unter der Prämisse gerechtfertigt, dass die Finalität der EU ein europäischer Staat ist. Die Frage nach der Finalität der EU sei jedoch noch unbeantwortet. (Majone 1998) Daran anschließend stellt sich die Frage, an welchem Standard die EU stattdessen zu messen ist. In der Literatur finden sich dazu zwei Antworten:

Zum einen argumentiert Moravcsik (2002: 607-609), dass die europäischen Institutionen weder Entscheidungsbefugnisse in relevanten Politikbereichen, noch die Kompetenz zur Umsetzung europäischer Regelungen haben. Alle Politikbereiche, an denen die Wähler ein besonderes Interesse haben, lägen weiterhin in der Entscheidungskompetenz der Nationalstaaten. (Moravcsik 2006: 225) In den Politikbereichen, in denen die EU dagegen über weitreichende Kompetenzen verfügt, agiere sie als expertokratische Einrichtung im Auftrag der Nationalstaaten. (Moravcsik 2002: 611-614; Ma-

jone 1998) Zum Maßstab der Legitimität europäischer Entscheidungen wird hier die Effektivität europäischer Politik im Sinne einer Output-Legitimation. (Scharpf 1999: 20-28)

Die zweite Argumentation, der sich in engen Grenzen auch das Bundesverfassungsgericht angeschlossen hat (BVerfGE 89, 155 (156)), sieht hingegen auch die Input-Legitimation (Scharpf 1999: 17-20), also Legitimation durch Partizipation, in der EU gewährleistet. Die Entscheidungen auf europäischer Ebene erhielten ihre Legitimation mittelbar durch die auf nationaler Ebene demokratisch gewählten Regierungen und Parlamente. (Schmidt 2000: 426) Der Vergleichsmaßstab hier sind also die Verfahren zur Ratifizierung internationaler Verträge.

Die Vertreter der These vom Demokratiedefizit dagegen halten sowohl die lange Legitimationskette (BVerfGE 89, 155; Føllesdal/Hix 2005), als auch eine reine Output-Legitimation für unzureichend. Weder hätten die nationalen Parlamente die Möglichkeit, Entscheidungen auf supranationaler Ebene zu kontrollieren, noch verfüge das Europäische Parlament über genügend Kompetenzen, um dieses Defizit ausgleichen zu können. (Føllesdal/Hix 2005: 5) Ferner hätten die Wähler nicht die Möglichkeit, über eine verantwortliche Regierung abzustimmen, so dass die Verantwortlichkeiten europäischer Entscheidungen verwischen. (Hix 1999: 52; Marschall 2002: 379) Nach Grande lassen sich auch hier zwei Perspektiven unterscheiden (Grande 1996: 342-346): Die institutionelle Variante geht davon aus, dass sich das Demokratiedefizit durch institutionelle Reformen beheben lässt. Erweiterte Möglichkeiten zur Partizipation würden auch das notwendige Interesse der Bürger erzeugen. (Føllesdal/Hix 2005; Fischer 2000) Für die strukturelle Variante der Kritik ist dagegen unerheblich, ob entsprechende Angebote Partizipation generieren würden, da ohne eine „politisch belastbare Identität der Europäer als Europäer“ (Graf Kielmansegg 2003: 57) diese Partizipation keine Entscheidungen demokratisch legitimieren kann. Ohne einen europäischen Demos sei keine europäische Demokratie möglich. (Grimm 2004; Graf Kielmansegg 2003)

2.2. Die Aushöhlung der Demokratie auf der nationalen Ebene

Manifest werden die skizzierten Probleme erst durch die gleichzeitig auf nationaler Ebene voranschreitenden Veränderungsprozesse. Die Europäische Integration verändert nicht nur das Stadtbild von Straßburg, Brüssel und Luxemburg, sondern wirkt auf die politischen Systeme der Nationalstaaten rück. (Anderson 2002: 793f) Auch wenn die Europäisierungsforschung noch ein junges Forschungsfeld ist (Bulmer/Lequesne 2005: 2), wurden die Folgen der Europäischen Integration für die nationalen Parlamente bereits früher diskutiert. (Schüttemeyer 1978) Die in der Debatte mehrheitlich gestellte Diagnose der „Entparlamentarisierung“ (Börzel 2000: 247) ist dabei auf mehrere ineinandergreifende Ursachenkomplexe zurückzuführen.

1. Die fortschreitende gesellschaftliche Abhängigkeit der Nationalstaaten untereinander senkt die Problemlösungsfähigkeit der nationalen politischen Systeme. Die Staaten werden immer abhängiger von Entscheidungen anderer, auch privater Akteure, während die Wirkung der ergriffenen Maßnahmen abnimmt. (Marschall 2002: 380f) Dies trifft nicht nur die nationalen Regierungen, sondern insbesondere auch die nationalen Parlamente. Sie werden vom Wähler, da direkt gewählt, für Entwicklungen verantwortlich gemacht, die außerhalb ihrer Verantwortlichkeit liegen. (Kaiser 1998: 4)

2. Internationale Kooperationen und Projekte regionaler Integration sollen dieser Entwicklung entgegenwirken und verloren gegangene Handlungsfähigkeit zurück gewinnen. So konstatiert Moravcsik, dass die Europäische Integration die nationale Exekutive gegenüber partikularen Interessen stärkt. (Moravcsik 1997) Dieser Weg zur Rückgewinnung von Handlungsfähigkeit konfrontiert jedoch die nationalen Parlamente mit den klassischen Problemen bei der Ratifikation internationaler Verträge. (von Beyme 1998: 21-23) Die Abgeordneten haben nur die Möglichkeit, die Verträge zu ratifizieren oder abzulehnen. Eine Änderung einzelner Punkte ist nicht möglich. Verschärft wird dies durch die enge Verbindung von Regierung und Parlamentsmehrheit in parlamentarischen Regierungssystemen. (Steffani 1983: 393) Aber selbst der jeweiligen Opposition attestiert von Beyme, dass sie im Interesse der „Kontinuität der Außenbeziehun-

gen“ (von Beyme 1998: 21) ihre Kontrollfunktion in der Außenpolitik vernachlässigt.² Bei Verträgen des europäischen Primärrechts kommt hinzu, dass sie meist Kompetenzübertragungen von der nationalen auf die europäische Ebene vorsehen.

3. Durch die Einheitliche Europäische Akte (Umweltpolitik), den Vertrag von Maastricht (Industriepolitik, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Kultur, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz und transnationale Verkehrswege) und den Vertrag von Amsterdam (Teile der Innen- und Justizpolitik) wurden der EU Entscheidungskompetenzen jenseits der wirtschaftlichen Integration übertragen (Brunn 2004: 276, 300f; Knill 2003: 27f), die tiefe Eingriffe in die nationalen Politiken erlauben. In der Umkehr bedeutet dieser Kompetenzzuwachs der europäischen Ebene einen Kompetenzverlust der nationalen. Insbesondere die Entscheidungsbefugnisse der nationalen Parlamente, in Deutschland auch der Landesparlamente, sind auf diese Weise einer fortschreitenden Aushöhlung ausgesetzt. (Auel 2005) Unter den im vorigen Abschnitt diskutierten Vorzeichen bedeutet diese Entparlamentarisierung auf nationaler Ebene immer auch eine Entdemokratisierung. Problematisch gestaltet sich jedoch die Bemessung des Ausmaßes: Einerseits existieren kaum Studien, die eine Quantifizierung vornehmen.³ Andererseits sind rein quantitative Analysen wenig aussagekräftig hinsichtlich der Tragweite einzelner Materien und ihrer mittelbaren Wirkung. (Schindler 1999: 2386) Mit Hilfe der vorliegenden Daten soll hier zumindest der Trend zur Entparlamentarisierung durch die Europäische Integration nachgezeichnet werden. So ist der Anteil der Gesetzgebung in den innenpolitischen Ressorts⁴, der auf einen europäischen Impuls zurückgeht von 16,0 % in den Jahren 1983 bis 1987 auf 35,3 % in den Jahren 1998 bis 2002 angestiegen. (siehe Abbildung 1) Im Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes werden der Kommissionspräsident Delors mit der Aussage, dass „nahezu 80 % aller Regelungen im Bereich des Wirtschaftsrechts durch das Gemeinschaftsrecht festgelegt“ würden und der EG-Kommissar Bangemann mit der Aussage, dass „nahezu 50 % aller deutschen Gesetze durch das Gemeinschaftsrecht veranlasst seien“ (BVerfGE 89, 155 (173)),

² So beschreibt der Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer (2003: 101-104) beispielsweise, wie der am 15. April 1994 in Marrakesch unterzeichnete WTO-Vertrag am 29. Juni 1994 vom Bundestag auch mit den Stimmen der damals oppositionellen SPD ratifiziert wurde, ohne dass dem Parlament eine offizielle Version des Vertragstextes vorlag.

³ Vgl. Schindler (1999: 2385), basierend auf Töller (1995) und Feldkamp (2005: 601), in Fortführung Schindler (1999).

⁴ Zur exakten Definition siehe Schindler (1999: 2385) und Feldkamp (2005: 601).

zitiert. Diese Angaben lassen sich durch die Daten aus Schindler (1999: 2385) und Feldkamp (2005: 601) nicht bestätigen.

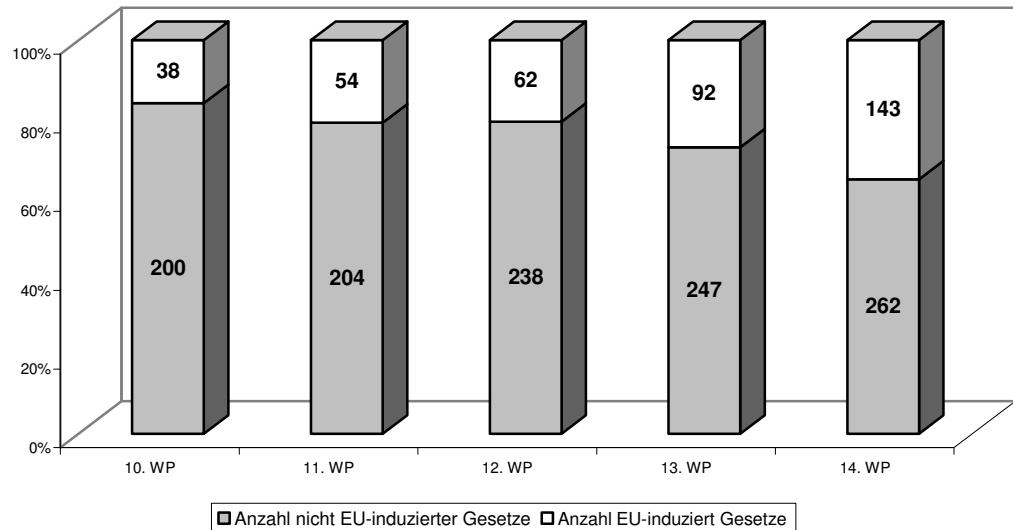


Abb. 1: Verabschiedete Gesetze der innenpolitischen Ressorts in der zehnten bis vierzehnten Wahlperiode, die auf europäische Impulse zurückgehen. (eigene Darstellung)⁵

Ein weiteres Indiz, das auf eine Aushöhlung der Gesetzgebungsfunktion der nationalen Parlamente hinweist, ist die steigende Anzahl europäischer Vorlagen, die den Parlamenten zugehen. Mit Ausnahme der achten, der neunten und der zwölften Wahlperiode hat ihre Anzahl kontinuierlich zugenommen. (siehe Abbildung 2) Auch wenn Sturm und Pehle (2005: 64) ab der zwölften Wahlperiode einen moderateren Zuwachs als Schindler (1999: 2590) und Feldkamp (2005: 605) ausweisen, ist auch ihr Trend eindeutig.

⁵ Darstellung auf Basis der Werte für die zehnte bis zwölfte Wahlperiode aus Schindler (1999: 2385) und für die dreizehnte und vierzehnte Wahlperiode aus Feldkamp (2005: 601). Die einzelnen Ressorts variieren zwischen den Wahlperioden leicht und sind in den Quellen ausgewiesen. Für die zwölfte Wahlperiode gibt Feldkamp (2005: 601) mit 24,0 % EU-induzierter Gesetze (83 von 346 Gesetzen) einen von Schindler (1999: 2385) mit 20,6 % (62 von 300 Gesetzen) abweichenden Wert an. Der Gesamtrend verändert sich dadurch jedoch nicht.

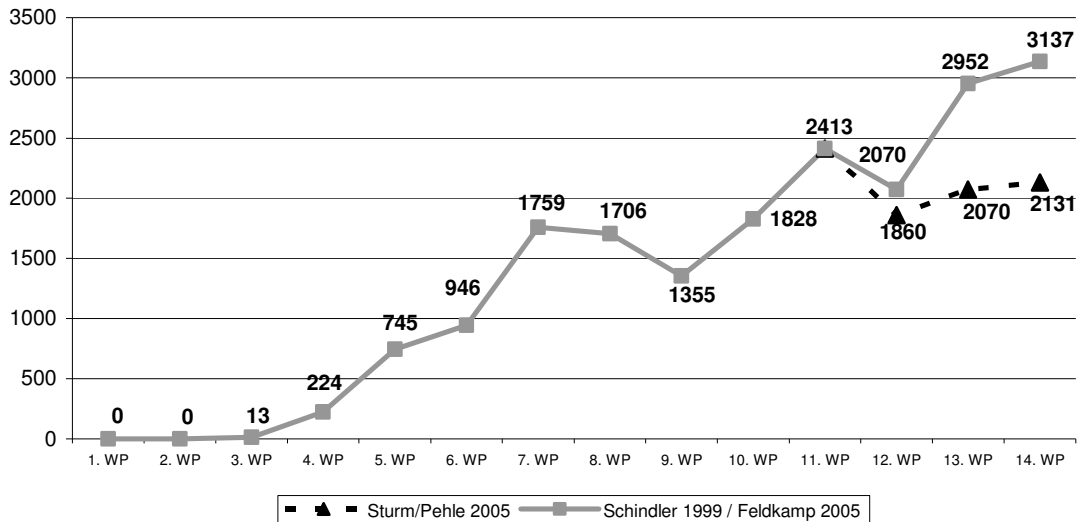


Abb. 2: Anzahl der dem Deutschen Bundestag zugeleitete EU- bzw. EG-Vorlagen. (Eigene Darstellung)⁶

4. Von Beyme (1998: 26) weist auf ein weiteres Moment der Aushöhlung nationaler parlamentarischer Kompetenzen hin. Er argumentiert, dass die europäische Politik eine Entstaatlichung befördere. Es würden nicht nur Kompetenzen zur Entscheidung von der nationalen auf die europäische Ebene übertragen, sondern auch Materien einem Zugriff politischer Steuerung ganz entzogen.

Vom demokratiethoretischen Standpunkt aus betrachtet, sind die soeben skizzierten Entwicklungen als problematisch zu betrachten. Eine wachsende Anzahl politischer Entscheidungen wird nicht mehr durch das dafür vom Volk gewählte Gremium bestätigt, geschweige denn entschieden. So beklagt auch eine Mehrheit der Autoren diesen Niedergang der Parlamente.⁷ Im Rahmen der Debatte um die „post-parlamentarische Demokratie“ (Marschall 2005: 262) werden jedoch auch die Vorteile dieser Entwicklung betont. So identifizieren Andersen and Burns (1996) eine neue, post-parlamentarische Form der Demokratie. Sie zeichnet sich durch folgende zwei zentrale Merkmale aus: 1. Eine zunehmende Anzahl privater und halbprivater Akteure ist am politischen Prozess

⁶ Darstellung auf Basis von Daten aus Schindler (1999: 2590), Feldkamp (2005: 605) und Sturm/Pehle (2005: 64). Die Daten aus Sturm/Pehle (2005) sind mit denen aus Schindler und Feldkamp bis zur elften Wahlperiode identisch. Die abweichenden Daten aus Sturm/Pehle (2005) sind ab der zwölften Wahlperiode als gestrichelte Linie eingefügt. Sie zeigen den gleichen, wenn auch verlangsamten Trend wie bei Feldkamp (2005) und Schindler (1999).

⁷ Vgl. Börzel (2000: 247); von Beyme (1998); Moravcsik (1997); Zürn (1996).

beteiligt. 2. Steuerung findet nicht mehr ausschließlich innerhalb der parlamentarischen Arena statt. Den Vorteil an dieser Entwicklung sehen die Vertreter der These von der ‚post-parlamentarischen Demokratie‘ in der gesteigerten Entscheidungseffizienz von Politiknetzwerken gegenüber der alleinigen Steuerung durch Parlamente.⁸ Eine vollständige Deparlamentarisierung wird jedoch auch in dieser Debatte nicht gefordert. (Andersen/Burns 1996: 228) Es geht den Autoren viel mehr um eine Anerkennung der veränderten Rahmenbedingungen parlamentarischer Demokratie (im kooperativen Staat) (Benz 1998a: 208) und einer Legitimation politischer Entscheidungen „durch eine Mischverfassung aus parlamentarischen und kooperativen Politikformen“ (Benz 1998a: 201). Die institutionellen Veränderungen, die zur Schaffung einer solchen Mischverfassung notwendig wären und ihr Potential zur Redemokratisierung sollen im nächsten Abschnitt diskutiert werden.

3. Wege zur Stärkung der nationalen Parlamente

Wie im vorangegangenen Abschnitt deutlich wurde, scheint die Stärkung der nationalen Parlamente ein Ansatz zu sein, um das Demokratiedefizit der EU zumindest zu reduzieren. Wie kann diese Stärkung jedoch erreicht werden? Eine Möglichkeit wäre die Schaffung einer neuen, festgeschriebenen Kompetenzordnung in der EU, wie sie gelegentlich von Seiten der deutschen Bundesländer gefordert wird. (Hesse 2002) Zwar würde eine Rückverlagerung europäischer Kompetenzen auf die nationale Ebene zu einer Redemokratisierung führen, ein solcher Lösungsansatz geht jedoch am Kern der Sache vorbei. Die Debatte um die post-parlamentarische Demokratie mag zwar den Prozess der Deparlamentarisierung etwas stürmisch begrüßt und die Leistungsfähigkeit der Abgeordneten unterschätzt haben (Marschall 2005: 261f), auf einen Punkt weist sie jedoch zweifelsohne richtigerweise hin: Im kooperativen Staat ist demokratische Legitimation weder als Input-Legitimation allein durch das Parlament, noch als Output-Legitimation allein durch effektive Politik realisierbar (Benz 1998a: 202-207), sondern nur durch eine „Kombination von parlamentarischen Strukturen und Verhandlungssystemen“ (Benz 1998a: 201). Eine Renationalisierung europäischer Kompeten-

⁸ Vgl. Benz (1998a: 207); Andersen/Burns (1996: 229).

zen wäre ein Zurück zum Parlamentarismus, ohne Beachtung der neuen Rahmenbedingungen. Entsprechend sollen im Folgenden fünf Optionen zur Verbindung der nationalen parlamentarischen und der europäischen Arena auf ihre theoretische Leistungsfähigkeit zur Stärkung der nationalen Parlamente hin untersucht werden.

3.1. Die nationalen Parlamente als Mitentscheider

Der auf den ersten Blick vielleicht einleuchtenste Weg zur Beteiligung nationaler Parlamente an europäischen Entscheidungen wäre ihre formelle Einbindung in den europäischen Entscheidungsprozess. Vorschläge in diese Richtung sind Forderungen nach Einrichtung einer zweiten Kammer der nationalen Parlamente (Maurer 2005: 26f, 30) und Beteiligung der nationalen Parlamente am Ministerrat. (Göler 2006: 146) Auch wenn diese Ansätze eine stärkere Involvierung der nationalen Parlamente in den europäischen Entscheidungsprozess zur Folge hätten, ist fraglich, ob dies zu einer Demokratisierung beitragen würde, da sie zu einer Steigerung der Komplexität des europäischen Institutionengefüges führen würden. (Göler 2006: 147) Die Einbindung der parlamentarischen Arena in das Verhandlungssystem wäre sowohl auf Kosten der Input-Legitimation als auch auf Kosten der Output-Legitimation erkaufte. Zusätzlich käme noch die Hürde hinzu, ein solches institutionelles Arrangement im Reformprozess mehrheitsfähig zu machen.

3.2. Einflussnahme durch ‚Parlamentarische Mitsteuerung‘⁹

Eine weitere Möglichkeit wäre die Stärkung des Einflusses der Parlamente auf die Europapolitik ihrer Regierungen. Dies wäre durch eine enge Kopplung (Benz 1998b: 565) zwischen der nationalen parlamentarischen Arena und der jeweiligen Regierung als europäischem Akteur möglich, wie sie in Dänemark zu finden ist. (Arter 1996: 114-117) Charakteristisch für enge Kopplungen ist die hierarchische Anordnung der Verhandlungsarenen. Eine Entscheidung auf der oberen Ebene ist nur im Konsens mit der vor-

⁹ Zum Begriff der ‚parlamentarischen Mitsteuerung‘ siehe Schwarzmeier (2001a).

gelagerten Ebene möglich. (Benz: 1998b: 565) Im dänischen Fall erteilt der Europausschuss des Folketing dem im Rat verhandelnden Minister ein bindendes Verhandlungsmandat. (Laursen 2006: 111f; Laursen 2001: 104-107) Das Folketing ist in einer „externen Vetoposition“ (Benz 2003: 324). Dies führt zu einer Senkung der Entscheidungseffizienz, da der Kompromisspielraum eingeengt und Entscheidungsblockaden befördert werden. (Scharpf 1985; Auel 2003: 260) Gleichzeitig sind aber auch den ‚Gewinnen‘ bei der Input-Legitimation Grenzen gesetzt, da die an den Verhandlungen beteiligte Regierung einen Informationsvorsprung¹⁰ gegenüber dem Parlament besitzt. Trotzdem schafft eine enge Kopplung klarere Verantwortlichkeiten. Jedoch ist dieser Lösungsansatz nicht ohne weiteres übertragbar. Laursen weist darauf hin, dass die europapolitische Abhängigkeit der dänischen Regierung vom Folketing, durch die in Dänemark häufigen Minderheitsregierungen entstanden ist. (Laursen 2006: 112, 123) Entsprechend unrealistisch erscheint eine Übertragung auf den Bundestag, in dem Bundesregierung und Parlamentsmehrheit eine Handlungseinheit darstellen. (Steffani 1983: 393)

Damit soll jedoch nicht die Kritik an Parlamentarischen Regierungssystemen der Neuzeit reproduziert werden, der zu Folge die Parlamentsabgeordneten nur noch ‚Stimmvieh‘ der Regierungen seien. (Hamm-Brücher 1989) Vielmehr ist es auch Abgeordneten, die der Fraktionsdisziplin in Regierungsmehrheiten unterliegen, gelungen, parlamentarische Einflussnahme auf das Regierungshandeln zu realisieren. Bei dieser Form ‚parlamentarischer Mitsteuerung‘, die Schwarzmeier für den Deutschen Bundestag nachweist (Schwarzmeier: 2001a), handelt es sich um informelle Informationsbeziehungen zwischen den Parlamentariern und der Bundesregierung. (Ismayr 2000: 106) Entsprechend kann sie als lose Kopplung im Sinne von Benz (1998b: 565) begriffen werden. Scharpf (1976: 34f) verwendet hierfür den Begriff der „hierarchischen Verflechtung“: „Bei hierarchisch verflochtenen Systemen [...] kann [die nachgeordnete Ebene] dabei zwar auf die Informationsbestände der Untereinheiten zurückgreifen, ist für ihre Entscheidungen jedoch nicht formell oder materiell auf deren Konsens angewiesen“ (1976: 34f). Die, die Entscheidungseffizienz senkenden, Nebeneffekte enger Kopplungen werden vermieden, da die informelle Rückkopplung der Verhandlungsführer an

¹⁰ Zu Informationsproblemen in Prinzipal-Agenten-Beziehungen siehe die Stichworte „hidden action“ und „hidden information“ in Arrow (1985: 38f).

ihre parlamentarische Arena die Verhandlungen flexibler macht. Das ‚winset‘ auf europäischer Ebene vergrößert sich. (Putnam 1988: 440, 449) In der parlamentarischen Praxis ist von besonderer Bedeutung, dass die Abgeordneten früh in den Abstimmungsprozess mit einbezogen werden und mitdiskutieren können. (Schwarzmeier 2001b: 37f) Auf diese Weise gelingt es der Regierung meist, eine Position einzunehmen, die auch von den Parlamentariern getragen wird. Zum Konflikt kommt es in der Regel erst, wenn die frühzeitige Unterrichtung der Abgeordneten unterbleibt und ihnen damit die Möglichkeit genommen wird, am Abstimmungsprozess teilzuhaben. (als Beispiel: Gros 1998: 178-201)

Die zitierten Studien beziehen sich allerdings nicht auf europapolitische Entscheidungen. Bezogen auf europapolitische Entscheidungen ist zu vermuten, dass die Einflussnahme der Abgeordneten eine deutlich geringere Wirkung hat. Die Gründe dafür liegen hauptsächlich in der Verflechtung der Ebenen, wodurch sich die Anzahl der beteiligten Akteure erhöht und die Abstimmungsprozesse komplexer werden. Entsprechend führt die ‚parlamentarische Mitsteuerung‘ als Möglichkeit der Einflussnahme nur zu geringen Fortschritten bei der Stärkung der Input-Legitimation, zumal die im Verborgenen ablaufende Einflussnahme die Transparenz europapolitischer Entscheidungen reduziert. Dafür sinkt im Gegensatz zu einem formellen Sanktionsrecht des Parlaments nicht die Entscheidungseffizienz. Die Einflussnahme durch ‚parlamentarische Mitsteuerung‘ ist mit dem institutionellen Kontext des Deutschen Bundestages vollständig kompatibel.

3.3. Einfluss durch Kontrolle

Eine weitere Möglichkeit der nationalen Parlamente, Einfluss auf die Europapolitik zu gewinnen, ist die Nutzung der klassischen Kontrollinstrumente. (zu den Instrumenten: Ismayr 2000: 299-354) Kontrolle kann dabei als kritische Evaluation des Regierungshandels oder als Versuch der begleitenden Mitwirkung verstanden werden. (Marschall 2005: 168f) Mit der Einrichtung des ‚European Scrutiny Committee‘ und drei vormals zwei ‚Standing Committees‘ hat das britische Unterhaus eines der effizientesten Ausschusssysteme zur Kontrolle der gouvernementalen Europapolitik geschaffen. (Auel 2003: 264f; Carter 2001: 396, 403-405) Dem House of Commons ist es auf diese Wei-

se gelungen, nicht nur ex-post Kontrolle auszuüben, sondern auch begleitend auf den Entscheidungsprozess der Regierung Einfluss zu nehmen. (Carter 2001: 402) Während sich die Regierung in Abstimmungen auf ihre Mehrheit verlassen kann, verwischt bei den Befragungen der Minister in den Europaausschüssen die Trennungslinie zwischen Opposition und Regierung. (Auel 2003: 272; Carter 2001: 413) Die Entstehung dieses Kontrollarrangements wird nicht allein auf die europaskeptische Haltung der Briten zurückgeführt, sondern als Ausdruck des generellen Verhältnisses von Exekutive und Legislative in Großbritannien interpretiert. (Carter 2001: 397; Norton 1996b: 103) Carter argumentiert, es sei ein symbolischer Akt zur Erhaltung der britischen Parlamentsouveränität. (Carter 2001: 397) Eine Übertragung auf den Deutschen Bundestag wäre schwierig. So zeigt Auel, dass der Bundestag öffentliche Stellungnahmen eher zur Unterstützung der Bundesregierung, als zur Kontrolle nutzt. (Auel 2003: 268f) In die gleiche Richtung weist der geringe Anteil europäischer Vorlagen, die dem Plenum vorgelegt und dort debattiert werden. (Schindler 1999: 2590; Ismayr 2000: 297; Feldkamp 2005: 605) Ein ausgeprägtes Kontrollsystem würde die Einflussnahme durch ‚parlamentarische Mitsteuerung‘ konterkarieren. Selbst die Opposition im Deutschen Bundestag unterlässt oft die Ausübung der Kontrolle in europapolitischen Fragen, da sie einerseits den parteiübergreifenden pro-europäischen Grundkonsens teilt (Hansen/Scholl 2002: 13f, 28f), andererseits mit einer kritischen Haltung die Verhandlungsposition der Regierung stärken würde. (Auel 2003: 268) Bezogen auf die Dimensionen der Input- und Output-Legitimation kann festgestellt werden, dass eine ausführliche Kontrolle des Regierungshandelns die Input-Legitimation steigert, den Kontrolleur aber auch in eine „externe Vetoposition“ (Benz 2003: 324) bringen kann und so die Entscheidungseffizienz auf europäischer Ebene senkt.

3.4. Profilierung durch Diskussion

Wichtige Voraussetzung für die Realisierung von Einfluss durch Kontrolle ist die öffentliche Wahrnehmung. Parlamentarische Kontrolle, die nicht wahrgenommen wird, verliert ihr Drohpotential und ihre Durchsetzungsfähigkeit. Hier sieht Auel die größten Defizite bei der parlamentarischen Kontrolle der Europapolitik. (Auel 2003: 268) Damit steht aber auch die Stärkung der Input-Legitimation europäischer Politik durch parla-

mentarische Kontrolle in Frage. Zumal haben bezogen auf den Deutschen Bundestag, die für die Kontrolle diskutierten Konfliktpotentiale mit der parlamentarischen Praxis auch ihre Gültigkeit für die Öffentlichkeitsfunktion.

Daran anschließend stellt sich die Frage, ob die Herstellung von Öffentlichkeit durch das Parlament allein auf die Ausübung parlamentarischer Kontrolle beschränkt ist. Marschall widerspricht hier. Er sieht in der Aufnahme und Artikulation von Präferenzen der Bevölkerung (Responsivität) nur einen Teil der Kommunikationsfunktion von Parlamenten. (Marschall 1999: 41) Der zweite Teil besteht für ihn in der Darstellung der Politik. Aufgabe der Parlamente sei es auch, die getroffenen Entscheidungen zu vermitteln. (Marschall 2005: 178-180) Betont man dieses zweite Element der Öffentlichkeitsfunktion von Parlamenten, so treten die o.g. Konfliktpotentiale nicht auf. Weder sind die Abgeordneten der Regierungsfraktion gezwungen, das Handeln der eigenen Regierung, noch die von ihnen prinzipiell befürwortete Europäische Integration zu kritisieren. Die öffentliche Vermittlung des Regierungshandelns führt auch nicht zu Entscheidungsblockaden auf europäischer Ebene. Die Entscheidungseffizienz bleibt unberührt. Die Output-Legitimation kann jedoch gesteigert werden, wenn eine größere Akzeptanz der getroffenen Entscheidung erreicht wird. Ebenso wird die Input-Legitimation gestärkt, da die Transparenz des politischen Prozesses steigt. Auf diese Weise könnten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in der Europapolitik aktiv werden, ohne dass Konflikte mit Akteuren oder Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene zu erwarten sind.

3.5. COSAC¹¹ als Ausweg?

Ein letzter Ansatz zur Stärkung der nationalen Parlamente ist ihre Vernetzung. So meint Marschall, auf die Politikverflechtung sollten die Parlamente mit einer Verflechtung des Parlamentarismus, sowohl in der horizontalen Dimension über die nationalen Grenzen, als auch in der vertikalen Dimension über die verschiedenen Ebenen hinweg, reagieren. (Marschall 2005: 309) Bei der 1989 gegründeten COSAC handelt es sich

¹¹ „Conférence des organes spécialisées en affaires communautaires“ (als Überblick: Schindler 1999: 3618-3623).

um eine beide Dimensionen verbindende Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments. (Schindler 1999: 3618f; Pöhle 1998: 79f) Bis zum Vertrag von Amsterdam handelte es sich dabei um ein rein informelles Koordinierungsgremium. Das „Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union“ zum Vertrag von Amsterdam (Läufer 1999: 245-246) räumt der COSAC jedoch Konsultationsrechte ein. Zwar kommt Pöhle angesichts der Rechtstellung von COSAC zu dem Ergebnis, dass ihre Einbeziehung theoretisch eine Reduzierung des Defizits an parlamentarischer Demokratie in der EU bedeutet. Eine Entwicklungsperspektive für COSAC böte sich aber nur auf Basis umfassender institutioneller Reformen. (Pöhle 1998: 89) Es sprechen drei Argumente gegen die Stärkung der Demokratie in der EU durch COSAC: 1. COSAC leidet unter einer Vielzahl struktureller Defizite, die eine Mitarbeit in der Tagespolitik unmöglich machen. (Pöhle 1998: 81-84) 2. Eine Präjudizierung der Standpunkte der nationalen Parlamente durch die von COSAC vertretende Position würde die Stellung der nationalen Parlamente schwächen. Entsprechend hat sich der Deutsche Bundestag auch gegen eine weitere Institutionalisierung von COSAC ausgesprochen. (BT-DS 13/6891) 3. Die Stellung des Europäischen Parlaments innerhalb von COSAC ist strittig. (Pöhle 1998: 86f) All dies spricht dafür, dass COSAC kein geeignetes Forum ist, um Einfluss auf die europäische Tagespolitik zu nehmen. Jedoch scheinen die von COSAC angenommenen Positionen in der Debatte über die Reform der EU einiges Gewicht zu haben. (Maurer 2005: 24f)

3.6. Zusammenfassung

1. Eine institutionelle Einbindung der nationalen Parlamente in den Entscheidungsprozess auf europäischer Ebene würde zu einer weiteren Verwischung der Verantwortlichkeiten, gesteigerter Intransparenz und einer höheren Wahrscheinlichkeit von Entscheidungsblockaden führen.
2. Die Erteilung bindender Mandate des Parlaments für die Regierung erkaufte klarere Verantwortlichkeit gegenüber dem Wähler mit einer geringeren Flexibilität europäischer Verhandlungen. Eine enge Kopplung zwischen Parlament und Regierung widerspricht der Handlungslogik von Regierungsmehrheiten in par-

- lamentarischen Regierungssystemen. Die Einflussnahme durch informelle ‚parlamentarische Mitsteuerung‘ widerspricht dieser Logik nicht, erhöht jedoch auch nicht die Transparenz politischer Entscheidungen und kann unter Umständen ähnlich wie die Erteilung bindender Mandate wirken.
3. Eine parlamentarische Einflussnahme durch die Wahrnehmung der Kontrollfunktion steigert die Transparenz politischer Entscheidungsabläufe, ohne zwangsläufig eine effizienzsenkende Wirkung haben zu müssen. In der bestehenden parlamentarischen Praxis des Deutschen Bundestages kann die Wahrnehmung der Kontrollfunktion im Kern jedoch nur der Opposition zukommen.
 4. Die Ausübung der Kommunikationsfunktion durch die nationalen Parlamenten, verstanden als Darstellung und Begründung getroffener Entscheidungen, bietet eine Möglichkeit die Input- und Output-Legitimation politischer Entscheidungen zu stärken, ohne der Funktionslogik nationaler Parlamente zu widersprechen. Sie stellt jedoch keine Möglichkeit dar, verlorene Entscheidungskompetenzen zu kompensieren.
 5. COSAC bietet keinen Ausweg, um verlorene Einflussmöglichkeiten im politischen Tagesgeschäft wieder zu gewinnen. Um die gemeinsamen Interessen der nationalen Parlamente bei Vertragsrevisionen zu artikulieren, stellt COSAC eine adäquate Plattform dar.

4. Der Bundestag als Akteur in der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union

Wie im vorangegangenen Abschnitt dargestellt wurde, stellt die Stärkung der Kommunikationsfunktion der nationalen Parlamente, verstanden als Darstellung und Begründung getroffener Entscheidungen, einen kurzfristig vielversprechenden Weg zur Milderung des Demokratiedefizits dar. Einerseits wird die Input-Legitimität durch eine Steigerung der Transparenz politischer Entscheidungen erhöht. Gleichzeitig wird bei erfolgreicher Vermittlung auch die Akzeptanz politischer Entscheidungen erhöht und damit die Output-Legitimation gestärkt. Im Gegensatz zu den anderen aufgezeigten Möglichkeiten zur Stärkung der nationalen Parlamente erfordert eine Intensivierung parlamentarischer Kommunikationsbemühungen keine weitreichenden institutionellen Reformen.

Wie ferner ausgeführt wurde, widerspricht eine solche Intensivierung nicht der parlamentarischen Praxis des Deutschen Bundestages und der Funktionslogik von Regierungsmehrheiten in parlamentarischen Regierungssystemen. Wie sehen die Chancen eines solchen Ansatzes jedoch in der politischen Praxis aus?

Während der Deutsche Bundestag in der nationalen Politik als einflussreiches Parlament gilt, ist es ihm nicht gelungen, diese Stellung auch in der Europapolitik zu behaupten. Maurer und Wessels zählen den Bundestag zur Gruppe der Parlamente, die einen moderaten Einfluss auf die nationale Europapolitik haben. (Maurer/Wessels 2001b: 463) Dies zeigt auch die verspätete institutionelle Anpassung des Bundestages an die europäische Herausforderung. (Hansen/Scholl 2002: 12)¹² So wurde die Beteiligung des Bundestages an der europapolitischen Willensbildung des Bundes erst durch die Änderung des Art. 23 GG im Zuge der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht grundgesetzlich kodifiziert. (Risse 2003: Art. 23 Rn. 1) Es ist jedoch nicht gelungen, die institutionell und formalrechtlich herausgehobene Stellung im Befassungsverfahren in eine realpolitisch große Bedeutung der Europapolitik im Deutschen Bundestag umzusetzen. (Pehle 2005: 103)

Augenscheinlich stellt die europapolitische Stellung des Bundestages keine Funktion des innenpolitischen Verhältnisses von Exekutive und Legislative dar. In der Literatur finden sich dafür Erklärungsansätze: Ein pro-europäischer Grundkonsens unter den deutschen Führungseliten unterbinde eine kritische Auseinandersetzung mit europapolitischen Themen. (Hansen/Scholl 2002: 13f, 28f) Der pro-europäische Grundkonsens findet sich mit abnehmender Tendenz auch in der deutschen Bevölkerung. Daraus resultierend ist die Bedeutung europapolitischer Themen bei Bundestagswahlen gering. Entsprechend schwach sei das Interesse der Bundestagsabgeordneten sich in der Europapolitik zu profilieren. (Sprungk 2003: 23f) Zudem scheinen etablierte Fachpolitiker insbesondere aus den Bereichen der Außen- und Wirtschaftspolitik in Europapolitikern eine Konkurrenz zu erblicken, deren Erstarken es zu verhindern gilt. (Pehle 2005: 96-98) Ein weiteres Argument, mit dem die parlamentarische Zurückhaltung des Bundestages begründet wird, ist der Informationsnachteil den das Parlament gegen-

¹² Zum Prozess selbst siehe: Sturm/Pehle (2005); Höhlscheidt (2001); Höhlscheidt (2000).

über der Regierung hat. (Strum/Pehle 2005: 71) Zwar kann man in quantitativer Hinsicht (Höhlscheidt 2000: 36) eher von einem „information overflow“ als von einem Mangel an Informationen sprechen, jedoch enthalten die dem Bundestag übersandten Vorlagen keinerlei Informationen über die Verhandlungssituation auf europäischer Ebene. Diese Informationen sind nur den am Verhandlungsprozess direkt beteiligten Personen zugänglich. Es ist nur in begrenztem Umfang zu erwarten, dass sich die Abgeordneten auf informellem Wege, Zugang zu diesen Informationen verschaffen können.

Zur Untersuchung des Potentials, das die Ausübung der parlamentarischen Kommunikationsfunktion in der Europapolitik bietet, müsste der Einfluss dieser intervenierenden Faktoren kontrolliert werden. Diese Möglichkeit bietet die Beteiligung des Deutschen Bundestages am ‚Konvent zur Zukunft der Europäischen Union‘ (nachfolgend: Konvent) als Untersuchungsgegenstand. Zielsetzung des Konvents war es die künftige Entwicklung der EU zu debattieren. (Erklärung von Laeken, III., in: Läufer 2002: 375) Die in der Erklärung von Laeken an den Konvent (Läufer 2002: 267-377) gerichteten Fragen weisen eine insgesamt pro-europäische Konnotation auf, wie dem Konvent als Ganzem eher unterstellt wurde, die Integration voran treiben zu wollen. Entsprechend erscheint es unplausibel, die Beteiligung an der Konventsdebatte könne als anti-europäisch missverstanden werden. Ein pro-europäischer Grundkonsens verpflichtet vielmehr zur Beteiligung an der Debatte. Die herausgehobene Bedeutung, die dem Konvent zugemessen wurde, hat die Europapolitik zwar nicht zu einem der zentralen Wahlkampfthemen der Bundestagswahl 2002 werden lassen, bot aber zumindest den EU-Fachpolitikern die Möglichkeit sich in der Öffentlichkeit zu profilieren. Ein Verzicht auf die Beteiligung an der Diskussion aus einem Wahlkampfkaulkühl heraus erscheint wenig rational. Die Wahrscheinlichkeit, dass Fachpolitiker, die sich mit anderen Themen beschäftigen, den Europapolitikern des Bundestages das Thema ‚Konvent‘ streitig machen ist wenig wahrscheinlich. Vertragsrevisionen sind ein originär europapolitisches Thema, das nur mittelbar in andere Fachbereiche eingreift. Sollte es trotzdem eine Konkurrenz um die Meinungsführerschaft geben, ist eher eine Stärkung der Kommunikationsfunktion zu erwarten. Auch das Problem der Informationsbeschaffung ist für die Parlamentarier im Fall des Konvents behoben. Durch ihre direkte Beteiligung verfügen sie über einen ähnlichen Informationsstand bezüglich der Verhandlungen wie

die Bundesregierung. Dass die Bundesregierung ebenfalls mit einem Vertreter im Konvent repräsentiert ist, entschärft zusätzlich das legislativ-exekutive Verhältnis. Beide Organe können unterschiedliche Positionen einnehmen, zumal durch den Interaktionsmodus der Deliberation, im Gegensatz zum Modus des Bargaining, divergierende deutsche Positionen im Konvent keinen Einflussverlust bedeuten.

Der Konvent bietet den Parlamentariern des Deutschen Bundestages die Möglichkeit, die Kommunikationsfunktion zu stärken und sich ein über Expertenkreise hinausreichendes europapolitisches Profil zu schaffen, ohne dass die in der europäischen Tagespolitik hemmenden Faktoren zum Tragen kommen.

5. Methodik

Die Ausübung der Kommunikationsfunktion durch den Deutschen Bundestag lässt sich aus zwei Perspektiven heraus analysieren: Zum einen lassen sich die Bemühungen erfassen, die Abgeordnete zur Ausfüllung der Funktion unternehmen. Hier ist an Debatten im Plenum, öffentliche Ausschusssitzungen, Presseerklärungen, Veranstaltungen u.ä. zu denken. Zum anderen lässt sich untersuchen, ob es den Abgeordneten gelingt, mit ihren Aktivitäten in die Presse zu kommen. Für die erste Untersuchungsvariante spricht, dass sich so genauer das Bemühen der Abgeordneten erfassen lässt. Gegen diesen ersten Ansatz sprechen jedoch, dass für die Erhebung der notwendigen Daten im Vorhinein weder Umfang noch Erfolgchancen zu spezifizieren sind und dass die Bemühungen der Abgeordneten wenig über die Legitimation von Politik durch Kommunikation aussagen. In modernen ausdifferenzierten Gesellschaften findet Kommunikation zwischen Organisationen und dem Publikum vornehmlich über Massenmedien statt. (Jarren 1998: 75) Die direkte Kommunikation der Abgeordneten erreicht immer nur einen kleinen, angesichts der sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien in Deutschland (Niedermayer 2001: 221-223), schrumpfenden Kreis von Bürgern. Dies veranlasst Sarcinelli zu der Feststellung: „Was nicht über die Massenmedien [...] dargestellt bzw. thematisiert wird, kann in der Regel nicht öffentlich meinungsbildend werden“ (Sarcinelli 2005: 62). Soll der die europäische Politik legitimierende Aspekt der Kommunikation der Abgeordneten untersucht werden, kann nur die mediale Wahr-

nehmung und Darstellung der Aktivitäten der Bundestagsabgeordneten als Grundlage dienen.

Als für die politische Kommunikation relevante Medien gelten das Fernsehen und überregionale Printmedien. Überregionalen Zeitungen und Magazine haben zwar im Vergleich zum Fernsehen einen geringeren Verbreitungsgrad, aber sie sind Meinungsführermedien. (Wilke 1998: 161f) Sie greifen Themen zuerst auf und andere Medien orientieren sich bei ihrer Themenauswahl daran. Auf den konkreten Fall bezogen bedeutet dies, dass die Präsenz von Bundestagsabgeordneten in der Berichterstattung über den Konvent in den Leitmedien, mit hoher Wahrscheinlichkeit deren Präsenz in anderen Medien entspricht. Aus diesem Grunde und aufgrund der Tatsache, dass eine Datenerhebung auf Basis von Zeitungsartikeln sich technisch einfach und günstig gestaltet, wurde für die vorliegende Hausarbeit eine Auswertung der Berichterstattung über den Konvent in den überregionalen deutschen Printmedien, die zum Kreis der Meinungsführer gezählt werden können, gewählt.

Im Bereich der wöchentlich erscheinenden Publikationen ist dies insbesondere *Der Spiegel*. (Wilke 1998: 161f) Aus dem Bereich der täglich erscheinenden Zeitungen gehören dazu primär die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Süddeutsche Zeitung*. Es bietet sich an Publikationen mit unterschiedlichem Publikationsrhythmus auszuwählen, da so mögliche, auf den Erscheinungsrhythmus zurückzuführende Einflüsse auf die Berichterstattung nicht ins Gewicht fallen. Die unterschiedlichen Stile in der Berichterstattung lassen es zudem sinnvoll erscheinen, die Auswahl auf *Süddeutsche Zeitung* und *Spiegel* zu begrenzen.

Für *Süddeutsche Zeitung* und *Spiegel* erfolgte eine Vollerhebung aller Artikel die in den Jahren 2002 und 2003 zum Thema ‚Konvent zur Zukunft der Europäischen Union‘ erschienen sind. Durch dieses Zeitfenster werden nicht nur die Berichterstattung während der Tagungszeit des Konvents, sondern auch die Diskussion um die Benennung der deutschen Repräsentanten vor Beginn des Konvents und die nach Vorlage des Entwurfs bis zur Regierungskonferenz im Dezember 2003 anhaltende Debatte über Änderungen am Entwurf durch die Staats- und Regierungschefs erfasst. Gesucht wurden die Artikel mit Hilfe der in der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin zur Verfügung stehenden Datenbanken von *Süddeutscher Zeitung* und *Spiegel*. In die

Analyse eingegangen sind alle Artikel, die die Buchstabenreihenfolge „konvent“ enthalten. Gesucht wurde über die Datenbankfunktion Volltextsuche. Anschließend wurden manuell solche Artikel ausgesondert, in denen das Wort „Konvent“ in einer anderen Bedeutung verwandt wird, insbesondere im Sinne von Kloster und im *Spiegel* oftmals fehlerhaft als Synonym für Parteitag. Für jeden der insgesamt 254 Zeitungsartikel wurde ausgezählt, welche politischen Akteure im Artikel erwähnt werden oder zu Wort kommen. Daneben wurden noch Daten zu Thema, Format und Quellenangabe erhoben. Insgesamt wurden so 20 Variablen aufgenommen. (Der Kodierungsplan ist im Anhang der Arbeit beigefügt.)

6. Die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union in *Süddeutscher Zeitung* und *Spiegel*

Betrachtet man die Verteilung der zum Konvent in der *Süddeutschen Zeitung* und im *Spiegel* erschienen Artikel, so zeichnet sich eine deutliche Themenkonjunktur ab. (siehe Abbildung 3) Diese wird bedingt durch die höhere Zahl an Artikeln insbesondere bei der *Süddeutschen Zeitung* deutlich. Sie ist aber auch in den im *Spiegel* erschienen

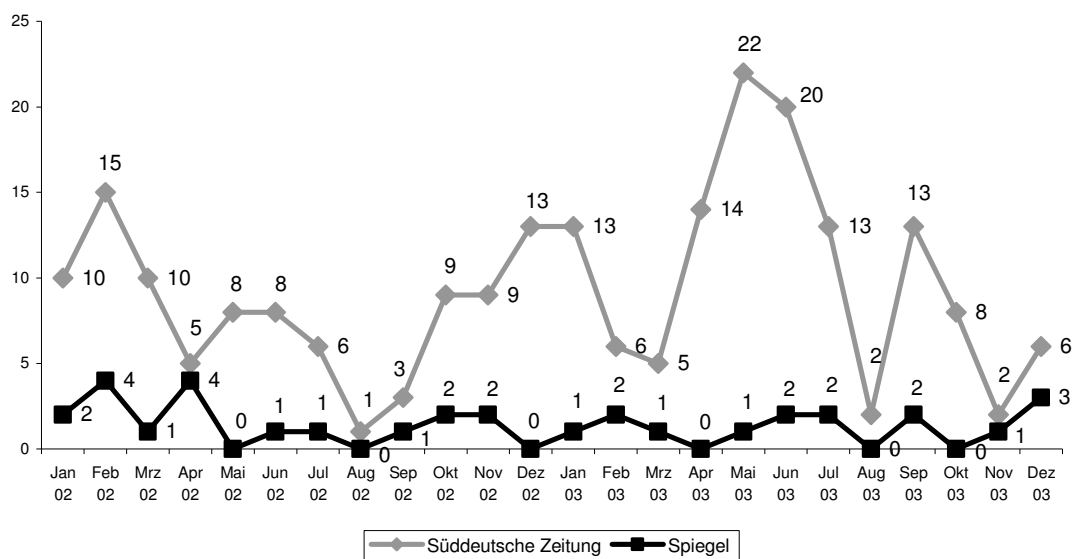


Abb. 3: Zeitliche Verteilung der in Spiegel und Süddeutscher Zeitung publizierten Artikel zum Thema Konvent. (eigene Darstellung)

Artikel nach zu zeichnen. Im ersten Quartal des Jahres 2002, mit einer Spitze im Februar, gibt es ein erhöhtes mediales Interesse an der Benennung der deutschen Repräsentanten im Konvent. Der damalige Bundeskanzler Schröder kann im Bundestag seinen Vorschlag, Wolfgang Schäuble (CDU) als Vertreter des Bundestages zu entsenden, nicht durchsetzen. Auf Initiative der SPD-Fraktion wählt der Bundestag statt Schäuble Prof. Jürgen Meyer (SPD) als Bundestagsvertreter für den Konvent.¹³ Als weitere Personalie findet in dieser Zeit auch der Plan des italienischen Ministerpräsidenten, den Postfaschisten Gianfranco Fini als Vertreter der italienischen Regierung in den Konvent zu berufen, ein größeres Medienecho.¹⁴ Das nächste Quartal weist ebenfalls eine zunehmende Anzahl abgedruckter Artikel auf. Ursächlich hierfür dürfte die Arbeitsaufnahme des Konvents sein. Nach einer im Jahr 2002 deutlich sichtbaren Sommerpause steigt die Zahl der publizierten Artikel erneut an. Ihren Höhepunkt erreicht die Anzahl der in der *Süddeutschen Zeitung* publizierten Artikel im Mai und Juni 2003 während der Schlussberatungen des Konvents und der Vorlage des Entwurfs am 18. Juli 2003. Auch die Anzahl der im *Spiegel* publizierten Artikel weist hier ein lokales Maximum auf. Nach einer verkürzten Sommerpause steigt die Anzahl der in der *Süddeutschen Zeitung* publizierten Artikel, während der Diskussion über Kritik am vorgelegten Entwurf. Das Interesse sowohl in *Spiegel* wie in *Süddeutscher Zeitung* steigt zur Regierungskonferenz im Dezember 2003 in Rom nochmals an.

¹³ Der Spiegel, Nr. 06, 04.02.2002: 142.

¹⁴ Süddeutsche Zeitung, Nr. 20, 24.01.2002: 11; Süddeutsche Zeitung, Nr. 22, 26.01.2002: 1.

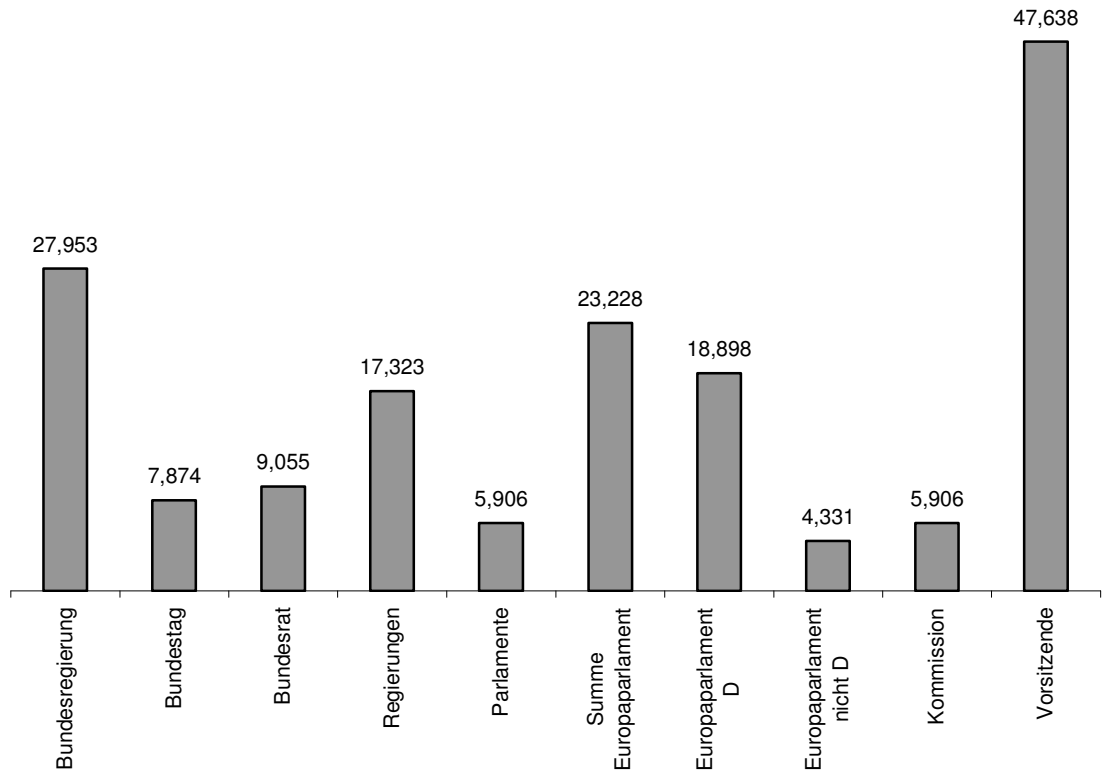


Abb. 4: Die Grafik zeigt in wie viel Prozent der Gesamtanzahl von den in *Süddeutsche Zeitung* und *Spiegel* erschienen Artikeln die jeweiligen Repräsentanten¹⁵ genannt wurden.¹⁶ (eigene Darstellung)

Nach dem ersten Eindruck über den Themenverlauf jedoch zurück zur eigentlichen Fragestellung: Haben die Bundestagsabgeordneten Einfluss auf die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union genommen? Als ein erster Annäherungsversuch soll dazu die prozentuale Verteilung von Artikeln auf die Repräsentanten im Konvent dienen. (siehe Abbildung 4) Die Daten zeigen deutlich, dass der Vertreter der Bundesregierung¹⁷ (Peter Glotz, später Josef Fischer) mit 27,9% medial am präsentesten war. Es folgen die deutschen Europaparlamentarier mit 18,9%, der Vertreter des Bundesrates (Erwin Teufel) mit 9,0% und zuletzt der Vertreter des Bundestages (Jürgen Meyer) mit 7,9 %. Der Bundestag hat die geringste mediale Resonanz von allen deutschen

¹⁵ Der Wert ‚Europaparlament D‘ bezieht sich nur auf Artikel in denen deutsche Europaparlamentarier genannt werden. Der Wert ‚Europaparlament nicht D‘ bezieht sich nur auf Artikel in denen nicht deutsche Europaparlamentarier genannt werden. Der Wert ‚Summe Europaparlament‘ bezieht sich auf alle Europaparlamentarier.

¹⁶ Für die Vertreter der Bundesregierung (stellvertretende und ordentliche) bedeutet die Grafik konkret gesprochen: In 27,9 % aller 254 Artikel wird ein Vertreter der Bundesregierung genannt.

¹⁷ Die Artikel für ordentliche und stellvertretende Mitglieder wurden addiert. Es wurden jedoch keine Artikel doppelt gezählt.

Akteuren gefunden. Das Ergebnis muss jedoch aus zwei Gründen relativiert werden: Zum einen hat es einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die mediale Präsenz des Vertreters der Bundesregierung, dass Peter Glotz zum 01.11.2002 vom damaligen Bundesaußenminister Fischer abgelöst wurde. Wie in Abbildung 5 deutlich zu sehen ist, liegt die Nennung des Bundesaußenministers in durchschnittlich 3,5 Artikeln je Monat über der von Peter Glotz mit durchschnittlich 1,9 Artikeln je Monat.¹⁸ Jürgen Meyer als Vertreter des Bundestages wird jedoch nur in durchschnittlich 0,67 Artikeln je Monat genannt und liegt somit auch unter dem Wert von Peter Glotz.

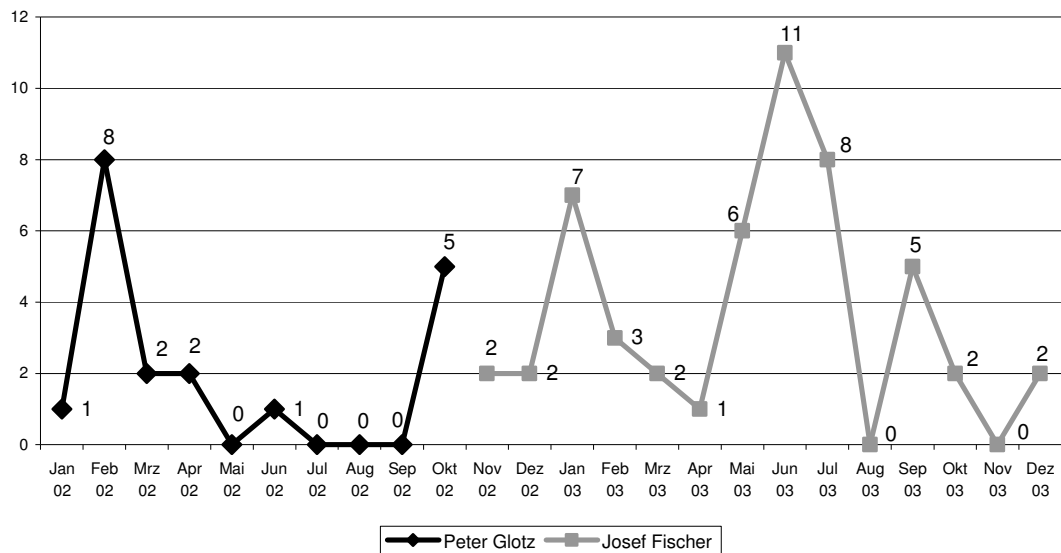


Abb. 5: Anzahl der Nennungen des Vertreters der Bundesregierung im Konvent pro Monat. (eigene Darstellung)

Aber auch der Vergleich mit der Präsenz der Europaabgeordneten muss relativiert werden, da der Bundestag nur mit einem ordentlichen und einem stellvertretenden Mitglied vertreten war, aber insgesamt drei deutsche Europaabgeordnete ordentliche Mitglieder¹⁹ und ein deutscher Europaabgeordneter stellvertretendes Mitglied²⁰ im Konvent waren. Klaus Hänsch war als Mitglied des Präsidiums zudem in hervorgehobener Funktion im Konvent tätig. Im Vergleich zum Vertreter des Bundesrates im Kon-

¹⁸ Bei den Nennungen des Bundesaußenministers ist eine Unterscheidung, welcher Funktion die Nennung gilt, nicht möglich.

¹⁹ Elmar Brok (CDU), Klaus Hänsch (SPD) und Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS)

²⁰ Joachim Wuermeling (CDU)

vent, dessen Situation ungefähr der des Vertreters des Bundestages entspricht, ist der Bundestag medial geringfügig weniger vertreten.

Bezieht man anschließend die zeitliche Verteilung der Nennungen des Vertreters des Bundestages mit ein, muss die Feststellung einer annähernd gleichen medialen Präsenz von Bundestags- und Bundesratsvertreter relativiert werden. (siehe Abbildung 6) Für den Vertreter des Bundestages fallen mit neun von 16 Nennungen mehr als die Hälfte in die Phase der Personaldiskussion vor Beginn des Konvents. Im Vergleich dazu fallen nur fünf von 20 Nennungen des Bundesratsvertreter in diese Phase. Das Novum, dass Bundestagsabgeordnete direkt in europäischen Gremien mitarbeiten und die Personaldiskussion um die Benennung des Vertreters scheinen kurzfristig das mediale Interesse am Bundestag als europapolitischem Akteur gesteigert zu haben. In der inhaltlichen Debatte dagegen wurden neben der Bundesregierung eher die deutschen Europaparlamentarier als Vertreter Deutschlands im Konvent wahrgenommen. Auch der Bundesratsvertreter war mit 15 inhaltlichen Nennungen, die noch durch 22 Nennungen von weiteren Landespolitikern ergänzt wurden, deutlicher präsent.

Es bleibt noch, einen Blick auf die mediale Präsenz von weiteren Bundestagsabgeordneten in *Spiegel* und *Süddeutscher Zeitung* zu werfen. (siehe Abbildung 6) Hierbei zeigen sich zwei lokale Maxima: Zum einen findet sich ein Maximum (drei Nennungen), wie bei den Nennungen Meyers, während der Personaldiskussion. Das andere Maximum mit fünf Nennungen befindet sich im Juli 2003. Dies deutet auf eine verstärkte Teilnahme von Bundestagsabgeordneten an der inhaltlichen Diskussion hin. In der Grafik zeigt sich zudem eine weitere Besonderheit. Obwohl das mediale Interesse am Thema Konvent in zeitlicher Nähe zur Regierungskonferenz in Rom im Jahr 2003 noch einmal zunimmt, sind Bundestagsabgeordnete in diesem Zeitraum nicht an der Debatte in den beiden Publikationen beteiligt. Dies deutet daraufhin, dass die Beteiligung von Abgeordneten nationaler Parlamente am Konvent oder der Konvent als Ausarbeitungsgremium an sich doch einen positiven Einfluss auf die Beteiligung des Bundestages hatte. Die Parlamentarier waren in der Diskussion präsenter, als sie dies bei einer klassischen Regierungskonferenz gewesen wären.

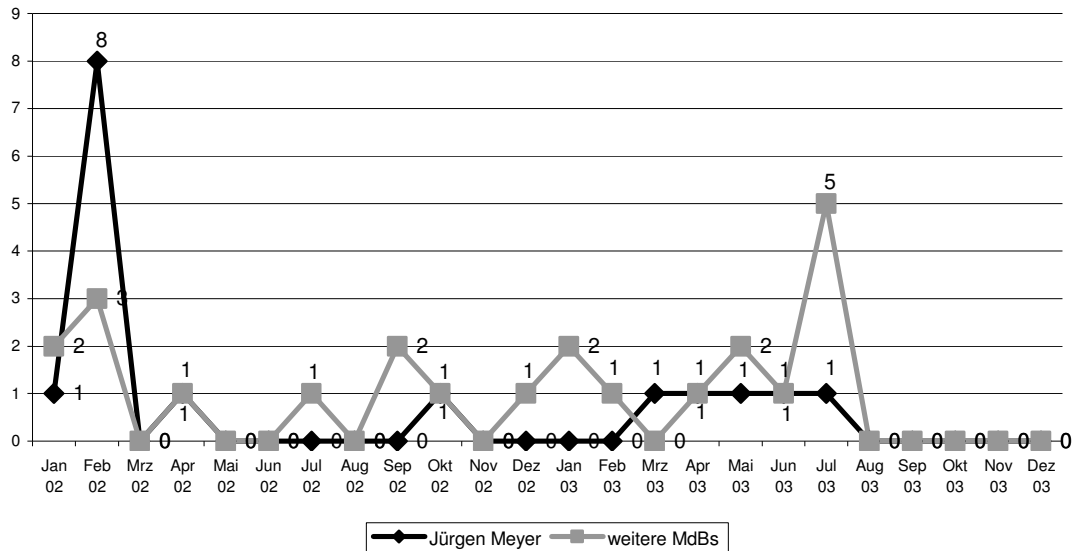


Abb. 6: Zeitliche Verteilung der Nennung des Bundestagsvertreters im Konvent und weiterer Abgeordneter (eigene Darstellung)

Abschließend kann somit festgestellt werden:

1. In der *Süddeutschen Zeitung* und dem *Spiegel* werden Bundestagsabgeordnete nur wenig als europapolitische Akteure wahrgenommen. Die Bundesregierung und die deutschen Europaparlamentarier werden stattdessen als europapolitische Akteure dargestellt.
2. Während der Verhandlungen des Konvents waren Bundestagsabgeordnete in der *Süddeutschen Zeitung* und im *Spiegel* deutlich präsenter mit europapolitischen Themen, als in der Zeit der anschließenden Regierungskonferenz. Dies deutet daraufhin, dass entweder die institutionelle Anbindung des Bundestages oder die Aushandlung im Rahmen eines Konvents den Bundestagsabgeordneten die mediale Präsenz zu europapolitischen Themen erleichtert hat. Der Vergleich zwischen der Präsenz des Vertreters des Bundestages im Konvent in *Süddeutscher Zeitung* und *Spiegel* im Vergleich zur medialen Präsenz weiterer Abgeordneter deutet auf eine größere Relevanz des zweiten Faktors.

7. Fazit

Im ersten Abschnitt wurde festgestellt, dass das Demokratiedefizit der EU, sofern man nicht die Annahmen der Vertreter der These von einer hinreichenden Legitimierung europäischer Entscheidungen teilt, erst durch die Aushöhlung der Handlungsfähigkeit der nationalen Parlamente seine Brisanz gewinnt. Mit den Vertretern der These der ‚post-parlamentarischen Demokratie‘ wurde darauf hingewiesen, dass unter den heutigen Rahmenbedingungen parlamentarischer Demokratien eine demokratische Legitimation politischer Entscheidungen nur noch durch eine Verknüpfung der parlamentarischen Arena mit kooperativen Politikformen möglich ist. Nur eine solche Mischverfassung kann politischen Entscheidungen ein ausreichendes Maß an Output- und Input-Legitimität verleihen. Im zweiten Abschnitt wurden mögliche Verknüpfungsformen der parlamentarischen Arena Bundestag mit dem Verhandlungssystem der EU auf ihre legitimatorische Leistungsfähigkeit und ihre Kompatibilität mit dem deutschen Regierungssystem hin untersucht. Dabei wurde deutlich, dass nur eine Stärkung der Kommunikationsfunktion des Deutschen Bundestages, verstanden als Darstellung und Begründung getroffener Entscheidungen, zu einer Stärkung der Input- und Output-Legitimation fähig ist, ohne weitreichend institutionelle Anpassungen auf nationaler wie europäischer Ebene notwendig zu machen. Dabei ist einzuschränken, dass auf diese Weise zwar die Legitimation politischer Entscheidungen leicht verbessert, aber nicht das Demokratiedefizit in der EU behoben werden kann. Die Untersuchung der medialen Präsenz des Deutschen Bundestages in der Europapolitik, unter den günstigen Bedingungen des ‚Konvents zur Zukunft der Europäischen Union‘, anhand der Presseberichterstattung in *Süddeutscher Zeitung* und *Spiegel* ist schließlich zu einem ambivalenten Ergebnis gekommen: Einerseits machen die Zahlen deutlich, dass es den Bundestagsabgeordneten nur in geringem Ausmaß gelungen ist, in der Debatte präsent zu sein. Die Medien präferieren eindeutig die Exekutive in der europapolitischen Berichterstattung, was durch die Persönlichkeit Joschka Fischers vermutlich noch verstärkt wurde. Als parlamentarische europapolitische Akteure werden eindeutig die deutschen Europaabgeordneten anstelle der Bundestagsabgeordneten wahrgenommen. Andererseits fällt die mediale Präsenz der Bundestagsabgeordneten nach Ende des Konvents auf Null. Dies deutet daraufhin, dass der Konvent im Gegensatz zu Regierungskonfe-

renzen eine Aushandlungsform darstellt, die geeignet ist, die Kommunikationsfunktion der nationalen Parlamente und damit die Legitimation von Politik zu stärken.

8. Literatur

- Andersen, Svein S./Burns, Tom* 1996: The European Union and the Erosion of Parliamentary Democracy: A Study of Post-Parliamentary Governance, in: Andersen, Svein S./Eliassen, Kjell (Hrsg.): The European Union: How Democratic Is It?, London u.a., 227-251.
- Anderson, Jeffrey* 2002: Europeanization and the Transformation of the Democratic Polity, in: Journal of Common Market Studies 40: 5, 793-822.
- Arter, David* 1996: The Folketing and Denmark's 'European Policy': The Case of an 'Authorising Assembly'?, in: Norton 1996a, 110-123.
- Arrow, Kenneth J.* 1985: The Economics of Agency, in: Pratt, John W./Zeckhauser, Richard J. (Hrsg.): Principals and Agents: The Structure of Business, Boston, 37-51.
- Auel, Katrin* 2005: Die deutschen Landtage im europäischen Mehrebenensystem, in: von Alemann, Ulrich/Münch, Claudia (Hrsg.): Landespolitik im europäischen Haus. NRW und das dynamische Mehrebenensystem, Wiesbaden, 133-151.
- Auel, Katrin* 2003: Strategische Anpassung nationaler Parlamente an das europäische Mehrebenensystem – ein deutsch-britischer Vergleich, in: Grande, Edgar (Hrsg.): Politische Steuerung und neue Staatlichkeit, Baden-Baden, 259-280.
- Benz, Arthur* 2003: Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, 2. Aufl., Opladen, 317-353.
- Benz, Arthur* 1998a: Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat, in: Greven, Michael T. (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? (20. Wissenschaftlicher Kongress der DVPW), Opladen, 201-222.
- Benz, Arthur* 1998b: Politikverflechtung ohne Politikverflechtungsfälle. Koordination und Strukturpolitik im europäischen Mehrebenensystem, in: Politische Vierteljahresschrift, 39: 3, 558-589.
- Börzel, Tanja A.* 2000: Europäisierung und innerstaatlicher Wandel. Zentralisierung und Entparlamentarisierung?, in: Politische Vierteljahresschrift, 41: 2, 225-250.
- Brunn, Gerhard* 2004: Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Bonn.
- Bulmer, Simon/Lequesne, Christian* 2005: The European Union and its Member States: An Overview, in: Bulmer, Simon/Lequesne, Christian (Hrsg.): The Member States of the European Union, Oxford/New York, 01-20.
- Bundestagsdrucksache* BT-DS 13/6891 vom 03.02.1997
- Bundesverfassungsgerichtsentscheidung* BVerfGE 89, 155 vom 12.10.1993
- Carter, Caitriona A.* 2001: The Parliament of the United Kingdom: From Supportive to Unleashed Control?, in: Maurer/Wessels 2001a, 395-423.

- Dieringer, Jürgen/Maurer, Andreas/Györi, Enikő* (Hrsg.) (2005): Europäische Entscheidungen kontrollieren. Nationale Parlamente im Ost-West-Vergleich, Dresden.
- Europäische Gemeinschaften* (Hrsg.) 2003: Entwurf. Vertrag über eine Verfassung für Europa, Luxemburg, 325-344.
- Feldkamp, Michael F.* 2005: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 bis 2003, Baden-Baden.
- Fischer, Josef* 2000: Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration (Rede am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität zu Berlin) (WHI Materials FCE 12/00 (Spezial 2)), in: <http://whi-berlin.de/documents/fischer.pdf>; 17.11.2007.
- Føllesdal, Andreas/Hix, Simon* 2005: Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik (European Governance Paper C-05-02), in: <http://www.connex-network.org/eurogov/pdf/egp-connex-C-05-02.pdf>; 17.11.2007.
- Göler, Daniel* 2006: Deliberation - Ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Analyse der Beratungen des Verfassungskonvents 2002-2003, Baden-Baden.
- Graf Kielmansegg, Peter* 2003: Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, 2. Aufl., Opladen, 49-83.
- Grande, Edgar* 1996: Demokratische Legitimation und europäische Integration, in: *Leviathan* 24: 3, 339-360.
- Grimm, Dieter* 2004: Treaty or Constitution? The Legal Basis of the European Union after Maastricht, in: Eriksen, Erik Oddvar/Fossum, John Erik/Menéndez, Agustín José (Hrsg.): *Developing a Constitution for Europe*, London/New York, 69-87.
- Gros, Jürgen* 1998: Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung. Zum Verhältnis von CDU-Parteiführung, Unionsfraktion und Bundesregierung 1982 - 1989 an den Beispielen der Finanz-, Deutschland- und Umweltpolitik, Berlin.
- Hamm-Brücher, Hildegard* 1989: Abgeordneter und Fraktion, in: Schneider, Hans-Peter/Zeh, Wolfgang (Hrsg.): *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*, Berlin/New York, 673-700.
- Hansen, Troels B./ Scholl, Bruno* 2002: Europeanization and Domestic Parliamentary Adaptation: A Comparative Analysis of the Bundestag and the House of Commons, in: *European Integration online Paper* 6: 15, in: <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2002-015.pdf>; 17.11.2007.
- Hesse, Jens Joachim* 2002: Zehn Thesen zur Kompetenzordnung der europäischen Union, in: Eberle, Carl-Eugen/Ibler, Martin/Lorenz, Dieter (Hrsg.): *Der Wandel des Staates vor den Herausforderungen der Gegenwart*, München, 111-125.
- Hix, Simon* 1999: *The Political System of the European Union*, New York.
- Hölscheidt, Sven* 2001: The German Bundestag: From Benevolent 'Weakness' Towards Supportive Scrutiny, in: Maurer/Wessels 2001a, 117-146.
- Hölscheidt, Sven* 2000: Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der EU, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B28/2000, 31-38.
- Ismayr, Wolfgang* 2000: *Der Deutsche Bundestag. im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen.

- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate* 1996: Regieren im dynamischen Mehrebenensystem, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, 1. Aufl., Opladen, 15-44.
- Jarren, Otfried* 1998: Medien, Mediensystem und politische Öffentlichkeit im Wandel, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn, 74-94.
- Kaiser, Karl* 1998: Globalisierung als Problem der Demokratie, in: Internationale Politik 53:4, 3-11.
- Knill, Christoph* 2003: Europäische Umweltpolitik: Steuerungsprobleme und Regulierungsmuster im Mehrebenensystem, Opladen.
- Läufer, Thomas* (Hrsg.) 2002: Vertrag von Nizza. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages, Charter der Grundrechte der Europäischen Union, deutsche Begleitgesetze, Bonn.
- Läufer, Thomas* (Hrsg.) 1999: Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleitgesetzen, Bonn.
- Laursen, Finn* 2006: The Role of National Parliamentary Committees in European Scrutiny: Reflections on the Danish Case, in: Auel, Katrin/Benz, Arthur (Hrsg.): The Europeanization of Parliamentary Democracy, New York, 110-125.
- Laursen, Finn* 2001: The Danish Folketing and Its European Affairs Committee: Strong Players in the National Policy Cycle, in: Maurer/Wessels 2001a, 99-115.
- Majone, Giandomenico* 1998: Europe's 'Democratic Deficit': The Question of Standards, in: European Law Journal 4:1, 5-28.
- Marschall, Stefan* 2005: Parlamentarismus. Eine Einführung, Baden-Baden.
- Marschall, Stefan* 2002: „Niedergang“ und „Aufstieg“ des Parlamentarismus im Zeitalter der Denationalisierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 33:2, 377-390.
- Marschall, Stefan* 1999: Öffentlichkeit und Volksvertretung. Theorie und Praxis der Public Relations von Parlamenten, Wiesbaden.
- Maurer, Andreas* 2005: The Convention and the National Parliamentary Dimension (ARENA Working Paper WP 05/01), in: http://www.arena.uio.no/publications/working-papers2005/papers/wp05_01.pdf; 17.11.2007.
- Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang* (Hrsg.) 2001a: National Parliaments on Their Ways to Europe: Losers or Latecomers?, Baden-Baden.
- Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang* 2001b: National Parliaments after Amsterdam: From Slow Adapters to National Players?, in: Maurer/Wessels 2001a, 425-475.
- Moravcsik, Andrew* 2006: What Can We Learn from the Collapse of the European Constitutional Project?, in: Politische Vierteljahresschrift 47:2, 219-241.
- Moravcsik, Andrew* 2002: In Defence of the 'Democratic Deficit': Reassessing Legitimacy in the European Union, in: Journal of Common Market Studies 40:4, 603-624.
- Moravcsik, Andrew* 1997: Warum die Europäische Union die Exekutive stärkt: Innenpolitik und internationale Kooperation, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union, Baden-Baden, 211-269.
- Niedermayer, Oskar* 2001: Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen, 2. Aufl., Wiesbaden.

- Norton, Philip* (Hrsg.) 1996a: National Parliaments and the European Union, *London*.
- Norton, Philip* 1996b: The United Kingdom: Political Conflict, Parliamentary Scrutiny, in: Norton 1996a, 92-109.
- Pehle, Heinrich* 2005: Der Deutsche Bundestag, in: Dieringer/Maurer/Györi 2005, 93-110.
- Pöhle, Klaus* 1998: Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die nationalen Parlamente. Bietet die COSAC einen Ausweg?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29:1, 77-89.
- Putnam, Robert D.* 1988: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: International Organization 42:3, 427-460.
- Risse, Horst* 2003: Art. 23, in: Seifert, Karl-Heinz/Hömig, Dieter (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Taschenkommentar, 7. Aufl., Baden-Baden, 274-280.
- Sarcinelli, Ulrich* 2005: Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischem System, Wiesbaden.
- Scharpf, Fritz W.* 1999: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt a.M./New York.
- Scharpf, Fritz W.* 1985: Die Politikverflechtungsfalle, in: Politische Vierteljahresschrift 26:4, 323-356.
- Scharpf, Fritz W.* 1976: Theorie der Politikverflechtung, in: Scharpf, Fritz W./Reissert, Bernd/Schnabel, Fritz (Hrsg.): Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik, Kronberg, 13-70.
- Scheer, Hermann* 2003: Die Politiker, München.
- Schindler, Peter* 1999: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999 (Band 2), Baden-Baden.
- Schmidt, Manfred G.* 2000: Demokratietheorien, 3. Aufl., Opladen.
- Schüttemeyer, Suzanne S.* 1978: Funktionsverluste des Bundestages durch die europäische Integration, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 9:2, 261-278.
- Schwarzmeier, Manfred* 2001a: Parlamentarische Mitsteuerung. Strukturen und Prozesse informalen Einflusses im Deutschen Bundestag, Wiesbaden.
- Schwarzmeier, Manfred* 2001b: „Nur“ Stilfragen? Informale Verhaltensregeln und Handlungsnormen im deutschen Bundestag, in: Oberreuter, Heinrich/Kranenpohl, Uwe/Sebaldt, Martin (Hrsg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel, 2. Aufl., Wiesbaden, 27-45.
- Sprungk, Carina* 2003: National Parliamentary Scrutiny in the European Union: The German Bundestag and the French Assemblée Nationale (Conference Paper for the EUSA Conference, Nashville, March 27-30, 2003), in: <http://aei.pitt.edu/7278/01/Sprungk.pdf>; 17.11.2007.
- Steffani, Winfried* 1995: Das Demokratie-Dilemma der Europäischen Union. Die Rolle der Parlamente nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993, in: Steffani, Winfried/Thaysen, Uwe (Hrsg.): Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente (Sonderband 1/95 der Zeitschrift für Parlamentsfragen), Opladen, 33-49.
- Steffani, Winfried* 1983: Zur Unterscheidung parlamentarischer und präsidentieller Regierungssysteme, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14:3, 390-401.

- Sturm, Roland/Pehle, Heinrich* 2005: Das neue deutsche Regierungssystem, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Töller, Annette Elisabeth* 1995: Europapolitik im Bundestag. Eine empirische Untersuchung zur europäischen Willensbildung im EG-Ausschuss des 12. Deutschen Bundestages, Frankfurt a.M./u.a.
- von Beyme, Klaus* 1998: Niedergang der Parlamente. Internationale Politik und nationale Entscheidungshoheit, in: Internationale Politik 53: 4, 21-30.
- Wilke, Jürgen* 1998: Politikvermittlung durch Printmedien, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn, 146-164.
- Zürn, Michael* 1996: Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem, in Politische Vierteljahresschrift 37:1, 27-55.

9. Quellen

9.1. Süddeutsche Zeitung

- „Europas Scheinwelt“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 4, 05.01.2002: 4.
- „Im Profil“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 13, 16.01.2002: 4.
- „Postfaschist Fini soll für Italien in EU-Konvent“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 20, 24.01.2002: 11.
- „Fischer beschwört Notwendigkeit der EU-Reform“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 22, 26.01.2002: 6.
- „Berlin gibt nach im Streit um Fini im EU-Konvent“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 23, 28.01.2002: 7.
- „Ex-Faschist Fini vertritt Rom im Konvent der EU“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 24, 29.01.2002: 1.
- „Mit Finis Vergangenheit in die Zukunft“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 24, 29.01.2002: 4.
- „Unions-Spitzen vereinbaren Treffen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 24, 29.01.2002: 6.
- „Berlusconi setzt Fini als Vertreter im EU-Konvent durch“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 24, 29.01.2002: 8.
- „Der Zahlmeister schwächelt“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 26, 31.01.2002: 2.
- „Bundestag wählt Politiker der SPD in EU-Konvent“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 27, 01.02.2002: 7.
- „Entrümpelungs-Kommando für Europa“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 28, 02.02.2002: 2.
- „Kritik an der Delegierten-Wahl“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 28, 02.02.2002: 2.
- „Zwischen Staatenbund und Bundesstaat“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 28, 02.02.2002: 2.
- [ohne Titel], in Süddeutsche Zeitung, Nr. 28, 02.02.2002: 2.
- „Schröders Europoly“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 32, 07.02.2002: 4.
- „Dammeyer im EU-Konvent“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 33, 08.02.2002: 1.

- „Der EU-Konvent ist eine Chance für ein neues Europa/Kommissionspräsident lobt Vorstoß von Schröder und Blair“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 49, 27.02.2002: 1.
- „Warum Kanzler Schröder ausgerechnet Peter Glotz in den EU-Konvent entsendet“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 49, 27.02.2002: 4.
- „Kein Tabu, kein Pardon“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 50, 28.02.2002: 4.
- „Hinter dem Streit um die richtige Geschäftsordnung verbirgt sich mehr als nur Nervosität – es geht um ‚Machtfragen‘“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 50, 28.02.2002: 9.
- „Der Konvent ist autonom“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 50, 28.02.2002: 9.
- „105 Delegierte aus 28 Ländern wollen die Union aus ihrer Starre befreien und auf die größte Reform ihrer Geschichte vorbereiten“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 50, 28.02.2002: 9.
- „Demokratie auf Sparflamme“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 50, 28.02.2002: 23.
- „Drei für den EU-Konvent“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 50, 28.02.2002: 42.
- „Blick in die Presse - Tausend Blumen für Europa“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 51, 01.03.2002: 4.
- „Giscard fordert Grundsatzdebatte über Europa“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 51, 01.03.2002: 8.
- „Blick in die Presse - Aus 6 mach' 25“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 52, 02.03.2002: 4.
- „Der leutselige Sonnenkönig“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 52, 02.03.2002: 9.
- „Elend pragmatisch“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 60, 12.03.2002: 16.
- „Die tägliche Französische Revolution“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 67, 20.03.2002: 6.
- „EU-Konvent einig über Geschäftsordnung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 68, 21.03.2002: 7.
- „Der Konvent tänzelt“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 70, 23.03.2002: 4.
- „EU-Konvent will Bürger beteiligen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 70, 23.03.2002: 6.
- „Europäisches Wunschkonzert“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 74, 28.03.2002: 7.
- „Missachtung von Grundrechten in der EU angeprangert“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 83, 10.04.2002: 7.
- „Schröder: Beziehungen besser als ihr Ruf“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 86, 13.04.2002: 5.
- „Das Unmögliche schaffen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 88, 16.04.2002: 23.
- „Giscard für gemeinsame Außenpolitik der EU“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 89, 17.04.2002: 7.
- „Vom Polemiker zum Mainstream-Europäer“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 96, 25.04.2002: 8.
- „Wir sind das Hör- und Sprachrohr des Landes“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 103, 04.05.2002: 56.
- „Giscard fordert stärkere Rolle Europas in der Welt“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 104, 06.05.2002: 8.
- „Karlspreis für den Euro verliehen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 107, 10.05.2002: 6.
- „Prodi will mehr Macht in EU-Außenpolitik“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 115, 21.05.2002: 2.

- „*Gelüste auf einen Kaiserthron in Europa*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 115, 21.05.2002: 4.
- „*EU soll mit einer Stimme sprechen*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 117, 23.05.2002: 9.
- „*Regionen der EU sollen stärkere Rolle spielen*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 119, 25.05.2002: 2.
- „*Transatlantisches Verhältnis gibt Anlass zur Sorge*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 121, 28.05.2002: 6.
- „*Ein EU-Außenpolitik gehört in die Kommission*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 124, 01.06.2002: 10.
- „*Der Rat kann das nicht*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 129, 02.06.2002: 7.
- „*Gemeinsames Polizeikorps soll Grenzen der EU schützen*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 130, 08.06.2002: 6.
- „*Die Regierungschefs greifen nach der Macht*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 136, 15.06.2002: 4.
- „*Die EU will sich reformieren, um zügiger zu Entscheidungen zu kommen*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 141, 21.06.2002: 1.
- „*Leserbrief - Superlativisches Geplappere*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 142, 22.06.2002: 26.
- „*Selbstblockade beim Lunch*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 143, 24.06.2002: 7.
- „*Besseren Schutz der Menschenrechte gefordert*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 145, 26.06.2002: 8.
- „*Bürger sollen sich beteiligen*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 149, 01.07.2002: 41.
- „*Eurovision*“, in *Süddeutsche*, Nr. 156, 02.07.2002: 1.
- „*Brüssel mit Herz*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 160, 13.07.2002: 6.
- „*Die Tugend der Schildkröte*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 163, 17.07.2002: 9.
- „*Europas letzte Chance*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 168, 23.07.2002: 9.
- „*Bush soll Europa anrufen*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 174, 30.07.2002: 10.
- „*Leserbrief - Europäische Verteidigungspolitik verstärken*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 188, 16.08.2002: 32.
- „*Schröder und Chirac legen Agrar-Konflikt bei*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 208, 09.09.2002: 6.
- „*Heftiger Streit über EU-Präsidenten*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 210, 11.09.2002: 11.
- „*Die Machtfrage ist gestellt*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 212, 13.09.2002: 7.
- „*Eine Unterschrift, die keine war*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 229, 04.10.2002: 7.
- „*Konvent ebnet Weg zu einer europäischen EU-Verfassung*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 230, Nr. 230, 05.10.2002: 6.
- „*London will EU-Verfassung gegen ‚Superstaat‘*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 240, 17.10.2002: 10.
- „*Aktuelles Lexikon - EU-Konvent*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 242, 19.10.2002: 2.
- „*Von oben herab*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 243, 21.10.2002: 14.
- „*Der pralle Rucksack des Außenministers*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 250, 29.10.2002: 6.

- „*Europa à la Giscard*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 250, 29.10.2002: 4.
- „*Giscard will föderales Europa und EU-Präsidenten*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 250, 29.10.2002: 7.
- „*Das ist ein guter Start*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 251, 30.10.2002: 9.
- „*Deutsch-französische Einigung angestrebt*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 255, 05.11.2002: 6.
- „*Bury wird Stellvertreter Fischers im EU-Konvent*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 255, 05.11.2002: 6.
- „*Leserbrief - Chirac nutzt Schröders Schwäche*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 256, 06.11.2002: 48.
- „*Erdogan will für die EU-Reife der Türkei werben*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 260, 11.11.2002: 1.
- „*Die Hebamme und der Sonnenkönig*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 261, 12.11.2002: 3.
- „*EVP will Brüssel stärken*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 262, 13.11.2002: 6.
- „*Angebot für EU-Kandidaten steht*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 268, 20.11.2002: 6.
- „*Villepin im Europäischen Konvent*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 271, 23.11.2002: 8.
- „*Der kranke Mann an der Spree*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 274, 27.11.2002: 4.
- „*Konvent will Europol stärken und empfiehlt EU-Grenztruppe*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 280, 04.12.2002: 8.
- „*Ech waiß, Ginderchen*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 282, 06.12.2002: 15.
- „*Draußen vor der Tür*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 286, 11.12.2002: 15.
- „*Organisatorischer Kraftakt*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 289, 14.12.2002: 2.
- „*Die Mega-Union*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 290, 16.12.2002: 4.
- „*Außenansicht - Die Grünen ohne Fischer – eine Chance*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 291, 17.12.2002: 2.
- „*EU-Truppe drängt auf den Balkan*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 291, 17.12.2002: 8.
- „*Außenansicht - Europas historische Chance*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 292, 18.12.2002: 2.
- „*Eine grenzenlose Ausweitung gefährdet Europa*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 293, 19.12.2002: 7.
- „*Abschied von der Groß-Union*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 295, 21.12.2002: 4.
- „*Konvent will einen EU-Außenminister*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 295, 21.12.2002: 10.
- „*Mehr Macht für die Eurogruppe*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 296, 23.12.2002: 20.
- „*Schrei-Duelle mit Washington sind nicht effektiv*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 301, 31.12.2002: 13.
- „*Eine klare und kreative Verfassung für Europa*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 10, 14.01.2003: 9.
- „*Konvent zur Zukunft Europas*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 10, 14.01.2003: 9.
- „*Doppelspitze soll künftig die EU führen*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 12, 16.01.2003: 1.
- „*Zwei Kaiser für Europa*“, in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 12, 16.01.2003: 4.

- „Lob für Elysée-Vertrag“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 13, 17.01.2003: 6.
- „Für ein Referendum über die EU-Verfassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 15, 20.01.2003: 6.
- „Giscard, übernehmen Sie!“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 16, 21.01.2003: 4.
- „Kritik, aber auch Lob für deutsch-französischen Vorschlag“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 16, 21.01.2003: 5.
- „Fundament für die Zukunft“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 16, 21.01.2003: 5.
- „Acht Minuten für Europa“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 17, 22.01.2003: 4.
- „Fischer wirbt für EU-Präsidenten“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 17, 22.01.2003: 6.
- „Der Ursprung der Politik muss moralisch sein“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 18, 23.01.2003: 8.
- „EU wünscht mehr Macht in der Nuklearpolitik“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 24, 30.01.2003: 20.
- „Armes Europa“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 26, 01.02.2003: 11.
- „Europa braucht einen starken Präsidenten“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 27, 03.02.2002: 7.
- „EU-Konvent erzielt Konsens in Tabu-Bereichen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 30, 06.02.2003: 8.
- „EU-Reformkonvent will die Regionen stärken“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 32, 08.02.2003: 6.
- „Streiten über Gott und Geist“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 48, 27.02.2003: 9.
- „Ein Kapitän zu viel“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 48, 27.02.2003: 9.
- „Streit in Europa bremst EU-Verfassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 50, 01.03.2003: 11.
- „Bruch der Koalition in Polen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 52, 04.03.2003: 5.
- „Irak-Krise gefährdet EU-Reform“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 64, 18.03.2003: 8.
- „Mehr Mitsprache bei EU-Gesetzen geplant“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 65, 19.03.2003: 7.
- „EU braucht gemeinsame Außenpolitik“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 73, 28.03.2003: 2.
- „Länder wollen Kompetenz-Verlust verhindern“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 76, 01.04.2003: 7.
- „Attacke gegen die Kirche in Polen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 78, 03.04.2003: 8.
- „Mitgliedstaaten sollen aus der EU austreten dürfen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 80, 05.04.2003: 8.
- „Kernfragen, die Europa spalten“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 83, 09.04.2003: 10.
- „Das hartgekochte Weichei“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 85, 11.04.2003: 13.
- „Aufbauwerk an der Akropolis“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 89, 16.04.2003: 4.
- „Aus Zwergen werden Samurai“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 90, 17.04.2003: 2.
- „Die Zähmung des Rottweilers“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 91, 19.04.2003: 9.
- „Der böse Geist der Tafelrunde“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 94, 24.04.2003: 7.
- „Die Ideen des Monsieur Giscard“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 95, 25.04.2003: 4.

- „Giscard hält EU-Präsidentschaft für logisch“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 95, 25.04.2003: 6.
- „Präsident für zweieinhalb Jahre“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 96, 25.04.2003: 6.
- „Giscard verärgert die Delegierten“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 96, 26.04.2003: 6.
- „Teufel: Kritik ist überzogen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 96, 26.04.2003: 6.
- „Außenansicht - Europa braucht mehr Integration“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 102, 05.05.2003: 2.
- „Milchbauern fördern Steuerflucht“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 107, 10.05.2003: 21.
- „Duell um Europas Zukunft“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 108, 12.05.2003: 1.
- „Grüne fühlen sich mitgelobt“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 109, 13.05.2003: 6.
- „CDU lehnt Vorschläge für EU-Verfassung ab“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 109, 13.05.2003: 6.
- „Reform-Konvent legt Konzept bis Sommer vor“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 112, 16.05.2003: 1.
- „Konvent streitet weiter über Machtbalance in der EU“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 112, 16.05.2003: 8.
- „Konvent außer Fassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 113, 17.05.2003: 4.
- „EU-Außenministerium umstritten“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 113, 17.05.2003: 6.
- „Aufstand der Europhoben“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 116, 21.05.2003: 4.
- „London setzt sich durch“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 119, 24.05.2003: 7.
- „Der Konvent irrt“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 120, 26.05.2003: 23.
- „Bremsmanöver kurz vor dem Ziel“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 121, 27.05.2003: 2.
- [ohne Titel], in Süddeutsche Zeitung, Nr. 121, 27.05.2003: 2.
- „Die Entdeckung der Demokratie“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 121, 27.05.2003: 2.
- „Eigenwilliger Verfassungsvater“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 121, 27.05.2003: 2.
- „Dänisches Referendum über EU-Verfassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 122, 28.05.2003: 2.
- „Schatten über dem Werk des Sonnenkönigs“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 123, 30.05.2003: 4.
- „Giscard: Wir vereinigen Europa mit der Feder, nicht mit dem Schwert“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 123, 30.05.2003: 7.
- „EU-Gelder für Hollywood?“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 123, 30.05.2003: 16.
- „Im Profil - Elmar Brok Parlamentarische Speerspitze Europas und Kritiker Giscard“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 124, 31.05.2003: 4.
- „Fischer kritisiert EU-Verfassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 124, 31.05.2003: 9.
- „Giscard sucht nach Kompromissen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 128, 05.06.2003: 7.
- „Außenansicht - Leitsätze für den EU-Konvent“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 129, 06.06.2003: 2.
- „Prodi hält EU-Verfassungsentwurf bis Mitte Juni für möglich“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 129, 06.06.2003: 7.
- „Regierungen drohen Konvent zu blockieren“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 129, 06.06.2003: 7.

- „Giscard sieht Grundlage für Einigung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 130, 07.06.2003: 7.
- „Stoiber will Änderungen am EU-Verfassungstext“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 132, 11.06.2003: 1.
- „Das Millimeter-Papier der Macht“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 132, 11.06.2003: 3.
- „EU-Verfassung geht Bayern zu weit“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 132, 11.06.2003: 37.
- „Giscard's neue Vorschläge empören EU-Konvent“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 133, 12.06.2003: 8.
- „Abgeordnete fordern Abschaffung des Vetorechts“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 134, 13.06.2003: 7.
- „Europa gibt sich eine Verfassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 135, 14.06.2003: 1.
- „Gesetz mit Lücken“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 135, 14.06.2003: 2.
- „Neue Posten, neue Aufgaben, neue Mehrheiten“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 135, 14.06.2003: 2.
- „Populistische Ausfälle“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 135, 14.06.2003: 2.
- [ohne Titel], in Süddeutsche Zeitung, Nr. 135, 14.06.2003: 2.
- „Europas Verfassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 135, 14.06.2003: 4.
- „Verzweifelt gesucht“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 137, 17.06.2003: 13.
- „Was die kleinen Länder fordern, ist paradox“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 139, 20.06.2003: 2.
- „Chor der Mäkler“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 139, 20.06.2003: 2.
- „Die Unberührbare“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 140, 21.06.2003: 4.
- „Sorge ums Prestige“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 150, 03.07.2003: 7.
- „Deutschland vor Erfolg im EU-Konvent“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 152, 05.07.2003: 6.
- „EU-Konvent kommt Deutschland entgegen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 152, 05.07.2003: 6.
- „Giscard: Außenminister-Posten wird erst 2006 besetzt“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 156, 10.07.2003: 6.
- „Der Ruf nach Volkes Stimme“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 157, 11.07.2003: 4.
- „Durch raue See in den Hafen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 157, 11.07.2003: 8.
- „Der lange Weg zur neuen Verfassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 157, 11.07.2003: 8.
- „Europa und der Eigensinn“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 157, 11.07.2003: 8.
- „Bescheidene EU-Verfassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 157, 11.07.2003: 19.
- „CDU: Merkel half bei Kompromiss im Konvent“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 158, 12.07.2003: 6.
- „Handelsregeln des EU-Konvents stoßen auf Skepsis“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 165, 21.07.2003: 17.
- „Wandel im Handel“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 165, 21.07.2003: 17.
- „Europas Verfassung nicht in Frage stellen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 168, 24.07.2003: 7.

- „Außenansicht - Europa und der Fall Berlusconi“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 178, 05.08.2003: 2.
- „Versöhnung bei Carmen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 185, 12.08.2003: 7.
- „Ein Premier als Pontifex“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 202, 03.09.2003: 2.
- „Wächter der Verfassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 202, 03.09.2003: 2.
- „Die Kleinen gegen die Großen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 202, 03.09.2003: 2.
- „Giscard verteidigt EU-Verfassungsentwurf“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 203, 04.09.2003: 7.
- „Das kleine Großeuropa“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 204, 05.09.2003: 4.
- „Schröder: Deutsch-tschechische Irritationen vorbei“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 205, 06.09.2003: 6.
- „Europäische Verfassungskrise“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 206, 08.09.2003: 4.
- „Verfassungs-Appell“, in Süddeutsche Zeitung, 08.09.2003: 8.
- „Bedenken gegen EU-Verfassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 208, 10.09.2003: 8.
- „Außenansicht - Ein Konvent ist kein Politik-Ersatz“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 213, 16.09.2003: 2.
- „EU-Kommission dringt auf Änderung der Verfassung“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 214, 17.09.2003: 8.
- „EZB fordert Verbesserungen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 219, 13.09.2003: 23.
- „Ein David gibt den Goliath“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 220, 24.09.2003: 9.
- „Polen und Spanien lehnen EU-Reform ab“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 226, 01.10.2003: 6.
- „Aktuelles Lexikon – Regierungskonferenz“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 228, 04.10.2003: 2.
- „London verändert seinen Kurs – gut so!“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 228, 04.10.2003: 2.
- „Giscard hat erheblich manipuliert“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 228, 04.10.2003: 2.
- „EU-Verfassung gefährdet“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 237, 15.10.2003: 7.
- „Wehe, wenn Europa paralyisiert wäre“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 237, 15.10.2003: 9.
- „Ein Brüssel für die Bürger“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 237, 15.10.2003: 9.
- „Schröder: Einigung bis Jahresende“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 239, 17.10.2003: 8.
- „Die polnische Angst“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 254, 05.11.2003: 4.
- „Die deutsch-französische Allianz ist gut für Europa“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 271, 25.11.2003: 11.
- „Brüssel will Stabilitätspakt weiter entwickeln“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 279, 04.12.2003: 19.
- „Minister Frattini: Werden keine Verwässerung hinnehmen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 281, 06.12.2003: 7.
- „Erfolge, die kaum zählen“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 286, 12.12.2003: 2.
- „Warschauer Unbeugsamkeit“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 286, 12.12.2003: 2.

- „Der Widerstand der „strategischen Verlierer“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 286, 12.12.2003: 2.
 „Erst die Feier, dann der Schock“, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 300, 31.12.2003: 16.

9.2. Der Spiegel

- „Crashkurs für Runde“, in Der Spiegel, Nr. 01, 29.12.2001: 19.
 „Schäuble im Konvent“, in Der Spiegel, Nr. 04, 21.01.2002: 19.
 „Total überrascht“, in Der Spiegel, Nr. 06, 04.02.2002: 142.
 „Wir sind keine Marionetten“, in Der Spiegel, Nr. 07, 09.02.2002: 136-137.
 „Europäische Revolution“?, in Der Spiegel, Nr. 07, 09.02.2002: 136-137.
 „Europa braucht Reformen“, in Der Spiegel, Nr. 08, 18.02.2002: 146-148.
 „Der weite Weg in die Zukunft“, in Der Spiegel, Nr. 10, 04.03.2002: 168-179.
 „Erste Kraftprobe“, in Der Spiegel, Nr. 14, 30.03.2002: 78.
 „Machtzuwachs für Brüssel“, in Der Spiegel, Nr. 14, 30.03.2002: 79.
 „Die Stimmung ist gekippt“, in Der Spiegel, Nr. 16, 15.04.2002: 24-28.
 „Das ist prinzipienlos“, in Der Spiegel, Nr. 17, 22.04.2002: 146.
 „Gesicht und Stimme“, in Der Spiegel, Nr. 24, 10.06.2002: 40.
 „Mussolinis Erben“, in Der Spiegel, Nr. 30, 22.07.2002: 108-109.
 „Rückspiegel – Zitate“, in Der Spiegel, Nr. 36, 02.09.2002: 210.
 „Brüsseler Doppelkopf“, in Der Spiegel, Nr. 39, 21.09.2002: 54.
 „Bertie bibbert“, in Der Spiegel, Nr. 42, 14.10.2002: 134.
 „Neuer Gründergeist“, in Der Spiegel, Nr. 43, 21.10.2002: 50-52.
 „Ein gewaltiges Stück Arbeit“, in Der Spiegel, Nr. 45, 04.11.2002: 58-60.
 „Streit ums Copyright“, in Der Spiegel, Nr. 02, 06.01.2003: 55.
 „Glanzloser Chefposten“, in Der Spiegel, Nr. 05, 27.01.2003: 52-54.
 „Gewaltiger Sturm“, in Der Spiegel, Nr. 05, 27.01.2003, 82-88.
 „Relativ surrealistisch“, in Der Spiegel, Nr. 13, 24.03.2003: 64-66.
 „Berliner Blaupause“, in Der Spiegel, Nr. 18, 28.04.2003: 40.
 „Drei Gesichter“, in Der Spiegel, Nr. 22, 26.05.2003: 122.
 „Gespenstische Wanderung“, in Der Spiegel, Nr. 25, 16.06.2003: 46-48.
 „Von Wahrheit und Lüge“, in Der Spiegel, Nr. 28, 07.07.2003. 94-96.
 „Chronik der Woche vom 5. bis 11. Juli“, in Der Spiegel, Nr. 29, 14.07.2003: 263.
 „Verlorene Illusionen“, in Der Spiegel, Nr. 36, 01.09.2003: 20- 22.
 „Das tangiert die Grundfesten“, in Der Spiegel, Nr. 39, 22.09.2003: 28-31.
 „Für Zwerge sind wir zu groß“, in Der Spiegel, Nr. 47, 17.11.2003: 159-153.
 „Am Pokertisch der Bosse“, in Der Spiegel, Nr. 50, 08.12.2003: 134-137.
 „Wie lassen uns nicht drohen“, in Der Spiegel, Nr. 50, 08.12.2003: 138.
 „Brüsseler Abenteuer“, in Der Spiegel, Nr. 52, 20.12.2003: 22-24.

9. Anhang: Kodierungsplan

Spalte	Kürzel	Variable	Ausprägungen
A	Lf.-Nr.	Laufende Nummer	SZ000 = Süddeutsche Zeitung SP000 = Spiegel
B	V01	Nennung des ordentlichen Repräsentanten der Bundesregierung im Konvent	x = Ja = Nein
C	V02	Nennung des stellvertretenden Repräsentanten der Bundesregierung im Konvent	x = Ja = Nein
D	V03	Nennung des ordentlichen Repräsentanten des Bundestages im Konvent	x = Ja = Nein
E	V04	Nennung des stellvertretenden Repräsentanten des Bundestages im Konvent	x = Ja = Nein
F	V05	Nennung des ordentlichen Repräsentanten des Bundesrates im Konvent	x = Ja = Nein
G	V06	Nennung des stellvertretenden Repräsentanten des Bundesrates im Konvent	x = Ja = Nein
H	V07	Nennung des Bundeskanzlers	x = Ja = Nein
I	V08	Nennung des Außenministers	x = Ja = Nein
J	V09	Nennung eines Mitgliedes der Bundesregierung (außer Bundeskanzler und Außenminister)	x = Ja = Nein
K	V10	Nennung eines Mitgliedes des Deutschen Bundestages, das nicht unter V03 oder V04 fällt	x = Ja = Nein
L	V11	Nennung eines Mitgliedes einer deutschen Landesregierung oder eines deutschen Landesparlamentes, das nicht unter V05 oder V06 fällt	BAY = Bayern BaWü = Baden-Württemberg HB = Bremen NRW = Nordrhein-Westfalen SAR = Saarland SHL = Schleswig-Holstein (Ltg.) = Landtagsabgeordneter = keine Nennung
M	V12	Nennung eines stellvertretenden oder ordentlichen Repräsentanten einer ausländischen Regierung im Konvent	x = Ja = Nein
N	V13	Nennung eines Mitgliedes einer ausländischen Regierung, das nicht unter V12 fällt	x = Ja = Nein
O	V14	Nennung eines stellvertretenden oder ordentlichen Repräsentanten eines ausländischen Parlaments im Konvent	x = Ja = Nein
P	V15	Nennung eines Mitgliedes eines ausländischen Parlaments, das nicht unter V14 fällt	x = Ja = Nein

Spalte	Kürzel	Variable	Ausprägungen
Q	V16	Nennung eines stellvertretenden oder ordentlichen Repräsentanten des Europäischen Parlaments im Konvent	B = Belgien D = Deutschland DK = Dänemark ES = Spanien F = Frankreich I = Italien NL = Niederlande A = Österreich P = Portugal UK = Großbritannien = keine Nennung
R	V17	Nennung eines Mitglied des Europäischen Parlaments, das nicht unter V16 fällt	x = Ja = Nein
S	V18	Nennung eines stellvertretenden oder ordentlichen Repräsentanten der Europäischen Kommission im Konvent	x = Ja = Nein
T	V19	Nennung eines Mitgliedes der Europäischen Kommission, das nicht unter V18 fällt	x = Ja = Nein
U	V20	Nennung des Vorsitzenden oder eines seiner Stellvertreter im Konvent	x = Ja = Nein
V	V21	Format des Artikels	01 = Interview 02 = Bericht 03 = Kommentar 04 = Notiz 09 = Sonstiges

Berliner Seminararbeiten zur Europäischen Integration

Sommersemester 2007

- Plottka, Julian: Der deutsche Bundestag als Akteur in der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union, HS „Die EU als politische Gemeinschaft“
- Schuld, Maria: Euro-Interessenverbände in der Integrationsgeschichte. Welche Aussagen ergeben sich für die Integrationsforschung? PS/TWA „Geschichte und Theorie der Europäischen Integration“
- Wratil, Christopher: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und funktionalistische Hypothesen. „A natural candidate for spill-over“ in the 1970s? PS/TWA „Geschichte und Theorie der Europäischen Integration“